

Bezugspreis: Vierteljährlich 4,00 RM., monatlich 1,30 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 21. Dezember 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Konferenz beim Reichskanzler.

Berlin, 20. Dezember. Amtlich. Der Herr Reichskanzler empfing heute nachmittag Vertreter sämtlicher Reichstagsparteien zu einer vertraulichen Aussprache über die durch den Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland geschaffenen politischen Lage.

Soweit der amtliche Bericht über die vertrauliche Besprechung. Es handelte sich bekanntlich diesmal nicht um eine Konferenz mit den Mehrheitsparteien, sondern es waren auch die Konservativen die Polen und die Unabhängigen zugezogen, welche letztere durch Haase vertreten waren.

Die Unterhändler von Brest-Litowsk.

Amsterdam, 20. Dezember. Ein hiesiges Blatt meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Gestern ist die russische Abordnung zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk abgereist. Sie besteht aus dem nationalistischen Professor Brestowski, dem Diplomaten Debrowowski, dem Admiral Ivanow und dem Finanzmann Obolenski.

Der Waffenstillstandsvertrag.

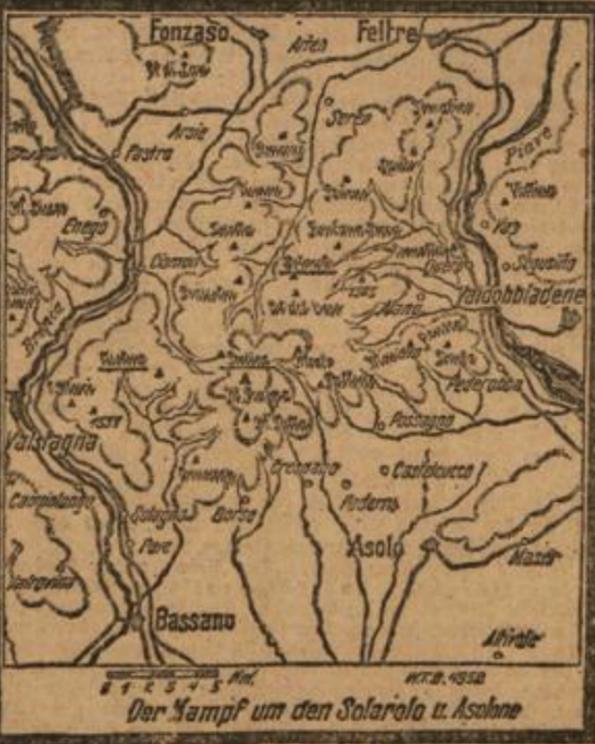
Die französische Presse vom Mittwoch veröffentlicht den vollen Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages. Alle Blätter widmen der Tatsache lange Besprechungen. 'Homme Libre' erklärt, der Waffenstillstand sei die erste Folge des schimpflichen Verrats Lenin's.

Die Aktion gegen Caillaux.

Bern, 20. Dezember. Pariser Blätter berichten, daß die Kammer am Abend vomittags und nachmittags Sitzungen zur Besprechung des Berichts von Pellan über die Affäre Caillaux-Rousselot halten wird.

Minenfeuer gegen Dismude und bei Lens - Italienische Gegenangriffe am Monte Pertica - Wachsende Gefangenenziffern.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. Dezember 1917. (W. Z. S.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Stadt Dismude lag zeitweilig unter lebhaftem Minenfeuer.



Der Kampf um den Salarolo u. Asolo

Abendbericht. Berlin, 20. Dezember 1917, abends. Amtlich. Mehrfache italienische Angriffe gegen den Monte Asolo und die westlich und östlich anschließenden neu gewonnenen Stellungen scheiterten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. Dezember 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird verlautbart: Oestlicher Kriegsschauplatz. Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Infolge günstiger Sichtverhältnisse war die Artillerietätigkeit beiderseits reger.

Waffenstillstand im Osten.

Alle unsere Gedanken, alle unsere Hoffnungen wenden sich den Friedensverhandlungen mit Rußland zu, die auf Grund des Waffenstillstandsvertrages vom 15. Dezember in diesen Tagen beginnen. Die Bedingungen des Waffenstillstandes selbst sind von einem hohen Vertrauen und einem kräftigen Willen beider vertragsschließender Teile getragen.

Abendbericht.

Berlin, 20. Dezember 1917, abends. Amtlich. Mehrfache italienische Angriffe gegen den Monte Asolo und die westlich und östlich anschließenden neu gewonnenen Stellungen scheiterten. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Rußland ist, wie Maxim Gorki sagt, unfähig, den Krieg fortzusetzen.

Es ist klar, daß gleichwohl erhebliche deutsche Kräfte im Osten noch gebunden sind, solange es beim Waffenstillstande bleibt, solange kein endgültiger Abschluß des Krieges eingetreten ist.

Trotzdem aber ist die Lage Deutschlands, die der Verlauf der kriegerischen Ereignisse des Jahres 1917 von Monat zu Monat zusehends gestärkt hat, bereits jetzt eine ausnehmend günstige geworden. Unsere Aufmerksamkeit und Sorge brauchen wir nur noch einer Seite zuzuwenden, die Mittelmächte sind — jedenfalls vorläufig — keine belagerte Festung mehr, ihr Rücken ist frei, ihre Kraft wendet sich der Front zu.

Auch die Erfolge der Engländer in Mesopotamien und Palästina können dies günstige Bild nicht wesentlich ändern; denn die Entscheidung des Krieges fällt in Europa, fällt im Westen, auf den Gefilden Frankreichs und Nordamerikas. Dort stehen uns noch harte Kämpfe bevor, ehe auch England bekennen wird, daß es den Krieg nicht mehr gewinnen kann. Denn die Staaten nach dem apokryphen und doch so wahren Worte Orestians nicht oft mit so wenig Klugheit regiert würden, dann könnte auch der Frieden im Westen schon gegenwärtig angebahnt werden; denn militärisch ist die Lage völlig reif. Aber die Reden der Lloyd George, Bonar Law, Churchill, der Clemenceau, der Vader und Daniels, die Anklage gegen Painlevé lassen keinen Zweifel darüber, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten um ihrer imperialistischen Ziele willen den hoffnungslos gewordenen Kampf noch immer fortführen wollen. Und Italien wird müssen! So stehen uns im Westen aller Wahrscheinlichkeit nach noch schwere Kämpfe bevor, ehe der allgemeine Frieden gesichert sein wird. Es mag sein, daß die Segner nur auf die schließliche Erschöpfung der Willenskraft des deutschen Volkes rechnen, keinen Verteidigungskampf fortzusetzen; es mag sein, daß sie hoffen, unsere wirtschaftliche Erschöpfung werde eintreten als die ihre — denn die englischen Staatsmänner haben offen ausgesprochen, daß sie es auf diese Probe ankommen lassen wollen.

Daß sie uns mit den Waffen in der Hand nicht mehr übermannen können, müßten sie wissen; die Lehren von Marston und von Cambrai dürften auch von dem verbittertesten Panzer, von dem mächtigsten Feldherrn nicht mehr übersehen werden. Sie können unmöglich hoffen, daß die militärische Hilfe der Vereinigten Staaten den Ausfall Rußlands auch nur annähernd ausgleichen werde. Nach will die Frage unerörtert lassen, ob die Ueberfahrt von 500 000 Amerikanern im Laufe des nächsten Frühjahrs und Sommers wahrscheinlich oder unwahrscheinlich bleibt. Denn im Kriege soll man die ungünstigeren Elemente in seine Rechnung stellen. Aber der lange Zeitraum, der bis dahin vergeht, die gewaltigen Schwierigkeiten der Verpflegung und des sonstigen Nachschubes lassen die ganz unsichere Hoffnung unserer Feinde schon erheblich sinken. Wie aber könnten 300 000 oberflächlich geschulte Kriegszunerfahrene, Offiziere und Generale die Millionenhäute der Russen ersetzen? Solche Hoffnung ist der Strohhalm, an den sich Untergehende klammern. Selbst das englische Meer, das unter besseren Bedingungen und in längerer Zeit geschaffen wurde, kann sich noch jetzt an Kriegszustand mit den deutschen Truppen nicht messen. Ist es denn aber überhaupt sicher, daß die Vereinigten Staaten die Absicht haben, 500 000 Mann — den Kern ihres jungen Heeres nach Europa zu entsenden, und sie nicht lieber wie ihre guten Freunde, die Japaner, hübsch bei sich zu Hause behalten wollen? Ihre Augen richten sich sicher nach den Gefilden des Stillen Ozeans ebenso sehr wie nach denen des Atlantischen.

Das sind Erwägungen, die es ermöglichen, dem Fortgange des gewaltigen Kampfes im Westen mit größter Zuversicht entgegen zu sehen. Unsere Aussichten werden wachsen, sobald der ehrliche Frieden mit Rußland unter Dach und Fach gebracht ist und die Waffenruhe unserer treuen Verbündeten, der Desterreich-Ungarns, und zuzischen kann.

Die englischen Kriegsziele auf der Anklagebank.

„Der Krieg muß weiter gefördert werden.“

Im Unterhaus warf das liberale Mitglied Sir William Collins die Frage nach den Kriegszielen auf. Er sagte, er habe die Regierung in ihren Bemühungen unterstützt, das Ziel zu erreichen, für das England ursprünglich in den Krieg eingetreten sei. Doch seiner Meinung sei kein dauerhafter Friede möglich, solange die militärische Autorität entweder unbesiegt oder vom deutschen Volke nicht verworfen bestünde. Die Ziele, für die England ursprünglich in den Krieg eingetreten sei, seien wohl bekannt. Dies habe ein Krieg werden sollen, welcher dem Kriege ein Ende mache, ein Krieg, welcher die öffentlichen Rechte bestimme, ein Krieg, welcher die Heiligkeit internationalen Rechtes nicht nur für große, sondern auch für kleine Völker sichern und auf die richtigen Grundzüge von Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit hinweisen sollte.

Bonsondy griff sodann die Diplomatie Englands und seiner Alliierten scharf an und erklärte, die veröffentlichten Kriegsziele der Alliierten stimmten nicht mit den Vorläufen in den Geheimverträgen überein.

In seiner Antwort betonte Balfour, die kriegspolitischen Aeußerungen des Präsidenten Wilson und die Gedanken verschiedener Führer in England schienen ihm durchaus in einheitlichem Geiste gehalten zu sein. Balfour bezog sich auf die vielen Aeußerungen zur Kriegspolitik seitens der Mitglieder der früheren und der jetzigen Regierung, die stets im selben Sinne gesprochen hätten und die großen Ziele, für welche Britannien ohne selbstsüchtige Beweggründe kämpfe, mit vollkommener Klarheit ausgedrückt hätten, und fuhr fort:

Wie kommt Bonsondy zur Anwendung so offener großer Angriffe? Doch nur, weil er alles zu tun wünscht, was die Politik unserer Feinde unterstützen kann, deren hauptsächlichstes Mittel zur Stimmungsmache in ihrem eigenen Land und in Rußland das gewisse ist, unsere Ziele als selbstsüchtig und imperialistisch hinzustellen und zu behaupten, daß England wegen rein selbstsüchtiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzuliegen wünschten; aber es gibt keine größere Verleumdung der Tatsachen.

Balfour wandte sich dann den Angriffen Bonsondys auf die russische Politik der englischen Regierung zu. Er äußerte: Bonsondy hat gesagt, das auswärtige Amt und das Kriegskabinett seien ungeschickt gewesen und hätten Rußland daran gehindert, auch in diesem Augenblicke noch mit vollem Herzen auf Seiten der Alliierten zu stehen.

Die russische Revolution sei hier im Lande und von der Regierung so kaltberzig begrüßt worden, daß die ganze Zukunft unserer Beziehungen zu Rußland höchstwahrscheinlich dahin wäre. Balfour fuhr fort:

Ich kann mich dafür verbürgen, daß, soweit Regierung und Unterhand in Betracht kommen, das Ende der sibirischen Expedition in Rußland mit warmer Begeisterung und lebhaften Hoffnungen begrüßt wurde, die leider anscheinend bis heute wenig gerechtfertigt sind. Die Konferenz über die Kriegsziele wurde von der englischen Regierung nicht abgelehnt; es lagen da unzählige Schwierigkeiten vor. Auf alle Fälle wurde, wie ich denke, von allen kriegführenden Mächten und zu einer gewissen Zeit besonders stark von der russischen Regierung selbst empfunden, daß dieser oder jener Augenblick für diese besondere Erörterung nicht günstig ist, daß vielmehr nicht so sehr eine Ansprache über die Kriegsziele wünschenswert ist wie eine solche über die Kriegsmethoden. Den Krieg zu fördern, das ist das nächste und wesentlichste Interesse.

Balfour ging sodann auf einen besonderen Punkt des englisch-russischen Mianverhältnisses, das Abkommen über Konstantinopel ein. Er sagte:

Bonsondy scheint zu denken, daß wir eine ungeredtfertigte, ja verbrochene Geheimhaltung unseres Verfahrens zugestanden hätten und daß wir bei unseren Erklärungen betreffend die Selbstlosigkeit unserer Ziele, mit denen wir in den Krieg eintraten, unser Volk und die Mittelmächte getäuscht und etwas gelogen hätten, was Bonsondy als Beschädigung der Ehre unseres Landes bezeichnet hat. Unsere Erklärungen betreffend die Uninteressiertheit, mit der wir in den Krieg eingetreten sind, waren Erklärungen über die Politik unseres Landes; es war aber nicht unsere Sache, die Absichten derer, mit denen wir zusammen wirkten, zu erklären, vielmehr wäre es eine große Unverschämtheit gewesen, ihre Beweggründe zu kritisieren. Wir haben kein Abkommen über Konstantinopel getroffen, um irgend einen imperialistischen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Der Gedanke war aber die Mahnstimme und muß jedem zu erscheinen, der nur die oberflächliche Kenntnis der Geschichte der englischen Politik im letzten Osten besitzt. Was ihr geht klar hervor, daß die Ausbändigung Konstantinopels an die Russen vom imperialistischen Gesichtspunkt aus eine Sache ist, in die sich englische Staatsmänner wohl ergötzt hätten, die sie aber sicherlich niemals selbst anregen oder widerstrebenden Alliierten aufzwingen würden.

Balfour wirt dem Angreifer grobe Ruchgriffe vor und arbeitet dann selber mit diesem Mittel, ohne das nun einmal die diplomatische Redekunst nicht auskommt. Er brüht sich mit dem Wort, die englische Regierung habe sich über die „großen Ziele“, für die sie „ohne selbstsüchtige Beweggründe“ kämpfe, vollkommen klar ausgedrückt, und weicht alsdann jedem Eingehen auf die Beweggründe dieser „großen Ziele“ aus. Was war so nötig, daß England sich dem russischen Vorgehen nach Konstantinopel so mißlich und mit dem angewandten Einsatz von Gütern und Menschen fügte? Auf diese Frage ist Balfour (nach dem Bericht Reuters) jede Antwort schuldig geblieben. Und sein Ziel bleibt: Der Krieg muß weiter gefördert werden.

Balfour spannt seinen russischen Faden so zu Ende; in der Tat war es völlig klar, daß die russische Regierung Anspruch auf Konstantinopel erhob. Wir waren im Begriff, miteinander einen großen Kampf für ein großes Ziel zu führen, und wir beruhigten uns dabei. Was war darin im mindesten unvereinbar mit irgendeinem von uns selbst oder von Wilson ausgesprochenen Glaubensbekenntnis?

Sodann sprach Balfour, immer mit dem Frommtone des reinen Idealpolitikers, über Persien und Italien und schließlich über Oskah-Rothringen:

Über Oskah-Rothringen möchte ich folgendes sagen: Bonsondy denkt, wir hätten das französische Vorschlags Doumergues Schritte in Petersburg kennen müssen, und er denkt das schon in Folge der Angabe, daß dies nach London telegraphiert worden sei. Aber das ist nicht der Fall.

Hier unterbroch Bonsondy den Minister mit dem Ruf: Doch! Die Depesche beginnt: Abschrift an London, vertraulich, Balfour fuhr fort:

Wenn London heißt: Englisches Auswärtiges Amt, so ist die Depesche nicht an das Auswärtige Amt gekommen. Sie mag vertraulich an den französischen Vorschlag Paul Cambon gesandt sein, doch davon weiß ich nichts. Wir haben zu jener Zeit nie etwas davon gehört und niemals unsere Zustimmung dazu ausgesprochen; ich glaube auch nicht, daß dies die Politik der verschiedenen französischen Regierungen gewesen ist, die während des Krieges amtiert haben. Wir wünschten niemals und ermutigten auch niemals den Gedanken, daß ein Staat Deutschlands vom Mutterlande abgetrennt und zu einer Art unabhängiger Republik oder Regierung irgendeiner Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Dies war niemals ein Teil der Politik der britischen Regierung. Die britische Regierung hatte niemals Kenntnis davon, daß dies von irgendeinem französischen Staatsmann ernstlich geplant wurde.

Daß durch dieses vielfache „Niemals“ der Glaube an die Mitwisserschaft Englands aus der Welt geschafft wäre, wird man bezweifeln dürfen. Da der englische Staatsmann die Tatsache des Planes nicht erschüttern kann, wird auch das Weiter auf der Tagesordnung bleiben.

Balfour schloß seine Rede: „Wir haben unsere Kriegsziele erklärt und sie ausführlicher erklärt. Betrachten Sie die deutsche Antwort auf die Bapinote. Den Alliierten wurden die ausdrücklichen Fragen betreffend Oskah, Rothringen, Belgien und Polen vorgelegt. All diese Fragen hätten sicherlich von Wädgen beantwortet werden müssen, die Oskah-Rothringen genommen haben, in Belgien eingebredungen sind und Polen geteilt haben. Und doch, so schloß Balfour, sage Bonsondy mit diesem Schreikind in seinen Händen: „Weßhalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele?“ — Ihr Schweigen wird von den Mittelmächten verstanden.“ Der Wert einer solchen Erklärung wird nur den Schaden übertreffen, den sie stiften kann. Ich bedaure tief, daß ein Mitglied einen solchen Vorwurf seiner Stellung in diesem Hause dazu benutzt hat, um eine Rede zu halten, die ungewissheit dazu beiträgt, die trügerische unermüdete Propaganda zu hören, welche die Mittelmächte in jedem Lande Europas betreiben.“

Diesem Schluß der Rede ist anzuschließen, wie sehr Balfour bedauert, daß er gegen Leute wie Bonsondy (die sicher nicht meinen, daß der Minister die Kriegsziele Englands „ausdrücklich erklärt“ habe) nicht ebenso verfahren kann, wie Clemenceau das jetzt gegen die französischen Friedenspolitiker versucht.

Die Alliierten gegenüber Rußland.

Amsterdam, 20. Dezember. Aus Washington wird der „Times“ gemeldet: Obgleich noch keine offizielle Erklärung abgegeben ist, so wissen doch diejenigen, welche in enger Fühlung mit dem Foreign Office stehen, daß die Politik der Vereinigten Staaten und die der Alliierten gegenüber der Regierung der Bolschewiki auf Ersuchen der amerikanischen Vertreter auf der Pariser Konferenz festgelegt werden wird. Die amerikanischen Bevollmächtigten weisen darauf hin, daß die

Bolschewiki ohne Goh und unparteiisch beurteilt werden müßten nach dem, was sie zustande bringen würden. Man beschloß nun, daß die Vereinigten Staaten und die Alliierten keine bestimmte Haltung gegenüber Rußland einnehmen werden, ehe sie nicht die gemeinschaftliche Politik untereinander festgelegt haben.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Odessa und Kofow.

Petersburg, 18. Dezember. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Verichteratter des „Dien“ telegraphiert: Die Kämpfe in Odessa gehen weiter. Unter dem Druck der Vertreter des Panzerkreuzers Sinope und zweier Kreuzer, die auf Seiten der Bolschewiki stehen, nahm die Sitzung aller vereinigten Organisationen eine Entscheidung an, monach die gesamte Gewalt in die Hände der Bolschewiki und der Naba übergeht.

Amsterdam, 20. Dezember. Die „Times“ meldet aus Petersburg: Zuverlässige Nachrichten aus Südrußland fehlen. Die ukrainische Naba hat eine Ueberinkunft mit Kaledin abgeschlossen, der einen Vertreter für Kiew ernannt hat. Die letzten Gerüchte melden, daß durch das Eingreifen der Diszibehörden in Odessa ein Waffenstillstand zwischen den Maximäliten und den Ukrainern abgeschlossen worden ist. Alle ukrainischen Matrosen sind von der Schwarzen-See-Flotte entfernt worden. Die alliierten Regierungen haben die Regierung der Ukraine anerkannt.

Petersburg, 18. Dezember. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach einer Nachricht aus Kofow befindet sich die Stadt in den Händen der Kosaken.

Petersburg, 20. Dezember. (Reuters.) In Petersburg wurde der Kriegszustand erklärt. Alle Versammlungen auf den Straßen sind verboten, alle Uebergriffe verurteilt, alle Versuche ohne vorherige Warnung mit Maschinengewehren unterdrückt. Niemand darf nach 8 Uhr abends ohne besondere Erlaubnis die Straßen betreten.

Petersburg, 19. Dezember. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Ausschuss für die Wahlen zur Verfassungsggebenden Versammlung bringt Angaben über 865 Mitglieder. Von diesen sind 103 Bolschewiki, 192 revolutionäre Sozialisten, 2 Menschewiki, 18 ukrainische revolutionäre Sozialisten und Sozialdemokraten sowie 11 Rabetten.

Carrail aus Saloniki abberufen.

Das Reutersche Bureau berichtet aus Athen vom 15. Dezember: Die Blätter melden die Abberufung Carrails, sein Nachfolger sei General Guillaumat. Carrail sei für einen höheren Posten bestimmt. Ferner wird gemeldet, daß der französische Admiral, der das Geschwader der Mittelmeer im Ägäischen Meer befehligte, durch Konteradmiral Ravn ersetzt worden sei.

Auch Saloniki hatte einst als ein höherer Posten Carrails angeboten; das war er auch im gewissen Sinne. Denn das dortige Kommando wurde von dem Oberbefehlshaber abgelöst und selbständig gemacht. Aber daß Carrails militärische Selbstständigkeit in Saloniki die Vorbeere gereizt hätte, die ihm 1915 in den Argonnen durch aus nicht anerkannt, wird sich schwer behaupten lassen. Die bürgerlichen Republikaner, die diesen General beauftragten, haben keinen Anlaß, ihm Triumphparaden zu hängen. Die Aufgabe, von Saloniki aus die Brücke zwischen Mitteleuropa und Konstantinopel zu zerstören, ist ihm nicht gelungen. Er war der Mann Eriands und hat wie dieser verlagert.

Der Abberufung sind allerlei Gerüchte über die Zukunft des Saloniki-Unternehmens vorausgehungen. Seit langem ist von der Einholung der französischen Truppen von diesem Plage die Rede. Ob die Erhebung der Mission Carrails Vorgehens zu solchem Plane hat, wird sich so nunmehr zeigen müssen. Jüngst war sogar davon die Rede, amerikanische Soldaten sollten in Saloniki eingesetzt werden.

Die Wahlreform in England.

London, 19. Dezember. Im Oberhause wurde die zweite Lesung des Wahlreformgesetzes angenommen.

Vor der Kammerentscheidung in Italien.

Die italienischen Kriegsinteressenten beobachten die Stimmung ihres Landes mit äußerstem Hochdruck. Am Dienstag wurde die Nachricht von einem großen Erfolg am Grappa-Massiv veröffentlicht. Davon ist in Wirklichkeit nicht die Rede, aber das macht nichts; hat man die Wahrheit nicht auf seiner Seite, nimmt man Lügen zur Hand. Es handelt sich darum, die Bevölkerung noch einmal in den Kriegstempel zurückzuführen. Deshalb auch die mächtigen Anstrengungen an der Bergrichtung, die mit dem Einzug von Maschinengewehren die drohende weitere Kriegskatastrophe aufhalten sollen. Am Freitag wird die Kammer die Entscheidung vollziehen, die entscheidet wird, ob die Manöver der Kriegstreiber erlaubt sind. Sind sie nicht erlaubt, so wird Comino lassen und das bedeutet eine Niederlage der Giuristi. Die Opposition nennt ihn den politischen Verantwortlichen für Cadorna und fordert seinen Abtritt.

In Neapel sollen Karren angebrochen und zu Straßenkämpfen angewandt sein. Nach einem Drahtbericht der „National-Zeitung“ haben sich unter der Menge zahlreiche Fahrenschlichtige befunden, die mit Urmegeleiben schossen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. Dezember. Einde unserer Ueberschiffe. Kommandant Kapitän-Leutnant Viedig, hat im Verwickelkanal unter härtester feindlicher Gegenwirkung fünf Dampfer mit

23500 Br.-Reg.-T.

versenkt, darunter einen bewaffneten, drei beladenen Dampfer (früheren deutschen Dampfer Armenia, 5164 Br.-Reg.-T.), der in einem durch vier Zerstörer gesicherten Geleitzug fuhr. Aus einem durch Zerstörer und Hilfsdampfer hart gesicherten Geleitzug wurden zwei tief beladene Dampfer, von denen einer bewaffnet war, herausgeschossen. Das gleiche Schicksal ereifte einen größeren bewaffneten, fünf gesicherten Dampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-T. Außerdem wurde der französische bewaffnete Dampfer Raga (7393 Br.-Reg.-T.), der tief beladen auf dem Wege nach Helmouth angetroffen wurde, torpediert.

Der Ober des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Neu-Bundbrücke in der Schweiz. Der Schweizer Ständerat nahm mit 18 gegen 18 Stimmen eine Verfassungsänderung zur Erhöhung der Zahl der Bundesräte von neun auf elf an. Die Vorlage muß noch vom Nationalrat durchberaten werden.

Stadtverordnetenversammlung.

Vorsitzer Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Nachdem in die Ausschüsse und Deputationen für die durch den Tod der Stadtv. Stadthagen (Unabh. Soz.) und Feuerstein (Fr. Fr.) erledigten Stellen Ersatz gewählt ist, wendet sich die Versammlung der Beratung von vier vorliegenden Anträgen zu.

Die Stadtv. Barthelmann u. Gen. (Unabh. Soz.) haben den dringlichen Antrag eingebracht: „Den Magistrat zu ersuchen, beim Kriegsernährungsamt mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Herabsetzung der Rationierung zu geringen Fettmenge von 80 Gramm pro Kopf und Woche vorstellig zu werden und außerdem zu verlangen, daß eine reichlichere Zufuhr von Milch nach Berlin durch Zwangsmaßnahmen sichergestellt werde, da durch den Fett- und Milchmangel der Gesundheitszustand der Bevölkerung schwer geschädigt wird.“

Stadtv. Dr. Behl (Unabh. Soz.) beantragt die Vorwegnahme dieses Antrages in der Beratung.

Der Vorkocher und Stadtv. Heimann (Soz.) machen dagegen Bedenken geltend, ebenso Stadtv. Cassel (Linke). Stadtv. Dr. Behl gibt sich schließlich damit zufrieden, daß der Antrag an letzter Stelle zur Verhandlung kommt, und zieht den die Vorbereitung einer kommunalen Uebergangsmaßnahme betreffenden Antrag Barthelmann für heute zurück.

Am 28. November haben die Sozialdemokr. Stadtv. Bar-Fomski u. Gen. den Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten, nach welcher den

Unterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer

während der Dauer des Krieges zu der ihnen vom Reich gewährten Kriegshinterbliebenente ein kommunaler Zuschuß gewährt werden kann.

Stadtv. Ritter (Soz.) begründet den Antrag. Die Kriegshinterbliebenenfürsorge vom Reich wegen sei unzureichend und werde noch dadurch weiter beeinträchtigt, daß bei Vorhandensein einer größeren Anzahl von Kindern eine Kürzung eintrete. Das Kriegsernährungsamt habe durch Zufahren dieser Härte abzuheben gesucht, aber diese Zufahrenen kämen nur zur Anwendung, wenn das Einkommen des Gefallenen über 1500 Mark betrug. Die „Nationalität“ sei ebenfalls imstande, die vorhandene Hilfe auszufüllen. Man könne doch die Kriegserwitwen und -waisen nicht einfach auf armenrechtliche Hilfe verweisen. Darum sei der Antrag eingebracht, der unter den darin gemachten Vorbehalten zu rascher Abhilfe wohl geeignet sei. Eine Reihe anderer Städte, wie Köln und Frankfurt a. M., hätten bereits eine ähnliche Unterstützung eingerichtet.

Stadtv. Dörlin: Niemand wird es billigen, daß eine Kriegserwitwe in ihren Besügen schlechter gestellt ist als eine Arbeiterfrau. Der Ausgleich dafür ist aber Sache des Reiches, nicht der Gemeinden. Das Reich hat auch schon prinzipiell zugestimmt. Die Gemeinde muß den Kriegshinterbliebenen ihre Fürsorge in weitestem Maße zuteil werden; ein großer Kreis von Personen ist damit aus der Notlage ausgehoben, die den Antrag hervorgerufen hat. Es scheint mir nicht notwendig, für diesen Zweck noch besondere Mittel der Stadt in Anspruch zu nehmen.

Stadtv. Cassel hat volles Verständnis für die Härte, die darin liegt, daß die Arbeiterfrau, die ihren Mann im Felde verliert, nunmehr eine geringere Unterstützung bezieht als die Arbeiterfrau bezogen. Gewiß sei es Sache des Reiches, hier für den Ausgleich zu sorgen; aber es wäre doch zu prüfen, ob nicht die Stadt wenigstens ihrerseits die Unterstützung unverzüglich weiter gewähre. In einem Ausschuss sei die Sache weiter zu erwägen.

Stadtv. Wommisen (Fr. Fr.): Großmützig zu sein auf Kosten der Steuerzahler ist unseres Amtes nicht; wir können nicht ohne weiteres dem Reiche eine Pflicht abnehmen. Mit Ausschussberatung sind wir einverstanden.

Stadtv. Manasse (Unabh. Soz.): Unter den Kompetenzbedenken darf man doch die armen Frauen nicht leiden lassen; man darf sie auch nicht auf Stiftungen u. dergl. verweisen, die oft nur den Kundigen bekannt sind.

Der Antrag geht hierauf an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Auf dem städtischen Kiefigute Blankenfelde projektiert der Magistrat eine Brennstoff-Gewinnungsanlage, deren Kosten (überwiegend 220 000 M.) und Betrieb auf das Kriegsvoranschlagskonto übernommen werden sollen.

Stadtv. Gerschl (Fr. Fr.) beantragt Ausschussberatung. Die Gewinnung des Torfes könne frühestens nach Jahresfrist beginnen; bis dahin könne sich vieles ändern. Dauer der Arbeit fort, so werde es auch dann an Arbeitskräften und Gespinnen fehlen, und der Kohlennot, die unter diesen Umständen gleichfalls andauere, werde doch nicht abgeholfen. Sei die Anlage aber für den Frieden gedacht, so scheie es um ihre Rentabilität sehr zweifelhaft.

Stadtv. Pinke (Unabh. Soz.): Der Ausschuss ist durchaus überflüssig. Selbst der Tropfen auf einen heißen Stein, selbst dieses kleine Quantum von 8000 Tonnen muß für die Versorgung Berlins willkommen geheißen werden.

In der weiteren Erörterung zeigt sich, daß die Linke geteilter Meinung ist.

Stadtv. Löhring: Im Ausschuss werden alle zweckdienlichen Ausführungen gegeben werden.

Stadtv. Ritter (Soz.): Die Kohlenalamität wird auch im nächsten Jahre noch andauern. Wir halten gerade deshalb die Annahme der Vorlage für notwendig, haben aber nichts gegen einen Ausschuss.

Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen.

Die Lindengasse, eine Sadgasse unter den Linden, soll eingezogen werden; die Distriktsgesellschaft will sie bebauen.

Auf Antrag Seel (Linke), der die Enfrischung, die die Gesellschaft anbietet, einschließlich der angebotenen Verbreiterung der Charlottenstraße für zu gering erklärt, wird Ausschussberatung beschlossen.

Zur Verhandlung gestellt wird hierauf der Antrag der Sozialdemokraten (Stadtv. Barfomski u. Gen.) auf Einführung der

Kundenliste für die Kohlenversorgung.

Stadtv. Ritter: Der Magistrat hat sich ja die größte Mühe gegeben, Berlin ausreichend mit Kohlen zu versorgen; aber aus Gründen, die er nicht in der Gewalt hatte, ist ihm das missglückt. Unser Antrag will den Mißständen in der Verteilung entgegen treten. Man hat von den Beratungen in den zuständigen Körpern den Eindruck, als ob die Interessen des Kohlenhandels doch mehr berücksichtigt würden als die der Konsumenten. In der Bevölkerung, besonders der Arbeiterviertel, herrscht tiefe Erbitterung über die immer noch nicht erfolgte Einführung der Kohlenkundenliste. Die Mißstände in der Kohlenbeschaffung, die Kohlenpolonaisen der Arbeiterfrauen sind unerträglich geworden. Zu dem freien Handel haben wir das Vertrauen völlig verloren (Oh!) selbst unter den Kleinhändlern gibt es Elemente, die sich das herrschende System zunutze machen und Kohlenwucher treiben. Mit der Kohlenliste würde dem vorgegubt werden. Gegen die grobe und schlechte Behandlung der Kundenschaft durch manche Händler muß auch von dieser Stelle entschiedene Verwarnung ausgesprochen werden. Die jetzigen Verhältnisse schreien zum Himmel!

Stadtv. Braun (Linke): Die Kundenliste würde den auch von uns sehr beklagten Mißständen nicht abhelfen. Wir wünschen die Zurückgabe des Antrags an die Kohlendeputation.

Stadtv. Löhring: Mit der auch vom Stadtv. Ritter erwähnten Denkschrift des Leiters der Kohlenabteilung des Kriegsamts identifiziert sich der Magistrat nicht. Dieser hält die Kundenliste für nötig, den gegenwärtigen Moment mit seinen vielfachen Unsicherheiten aber nicht für den geeigneten. So lange die Brückenzufuhr nach Berlin nur 70 bis 80 Proz. des Bedarfs beträgt, kann die Kundenliste nicht durchgreifend wirken. Der Magistrat baut aber die Kontrolle der Kleinbändler stetig weiter aus, um die Einführung der Liste auf jede Weise anzubahnen.

Der ursprüngliche Antrag wird zugunsten eines anderweitigen zurückgezogen, wonach der Magistrat bei den zuständigen Instanzen um bessere Belieferung Berlins vorstellig werden und auf die Einführung der Kundenliste Bedacht nehmen soll.

Stadtv. Pinke: Daß der Magistrat die Kundenliste einführen will, hören wir nun schon seit fünf Monaten. Die Zustände sind jämmerlich, zumal auf dem Gesundbrunnen; die jetzige Regellosigkeit kann und darf nicht andauern. Es muß gerade beizutritt werden, was herangerollt wird. Will man denn die Frauen weiter bei solcher Kälte wie jetzt fünf oder sechs Stunden vergeblich nach Kohlen anstehen lassen?

Stadtv. Wommisen hält das Verum für sehr wenig geeignet, solche schwierigen Frage zu erledigen. Wohin das führe, sehe man aus der Bemerkung des Vorkochers, er werde den Frauen den Rat erteilen, aufs Rathaus zu gehen; einen ungeänderten Rat könnte man ihnen nicht geben (Groß: Unruhe und Widerspruch bei den beiden sozialdemokr. Fraktionen.) Man solle den Antrag der Kohlendeputation übergeben. Mit Geschrei und Aufregung komme man nicht weiter.

Stadtv. Cassel: Mit der Annahme des Antrags sei noch gar nichts erreicht; insbesondere nachdem er eine Fassung erhalten habe, wonach auch die öffentliche Bewirtschaftung der Kohle gefördert wird, könne er für diesen Teil des Antrags nicht stimmen.

Stadtv. Löhring: Die Frage der Kundenliste könne nur einheitlich vom Kohlenverbande Groß-Berlin gelöst werden.

Stadtv. Ritter tritt den Ausführungen von Cassel und Wommisen entgegen und hält für selbstredend, daß die Kundenliste im Publikum sehr beruhigend wirken werde.

Der Antrag geht zur Vorbereitung an die Kohlendeputation. Runmehr geht das Haus über zur Beratung des dringlichen Antrags Barthelmann betr. die

Fett- und Milchversorgung.

Stadtv. Wurm (U. Soz.): Die zurzeit zugebilligte Fettmenge ist lächerlich gering und diese lächerlich geringe Menge, die für die Woche soviel beträgt als täglich dem Körper zugeführt werden müßte, soll noch weiter verringert werden! Trotz des großen Rückganges der Fettproduktion und Fettzufuhr könnte Remedur geschaffen werden. Die Milchlücke dürften nicht abgeschlochten, die Lieferungsverträge für Milch müßten beseitigt werden, dem schmerzhaften Schleichhandel mit Butter müßte man ein Ende bereiten. Der staatliche Vorkocher sei einzuführen; Herr von Balbow habe es auf den Widerstand der Agrarier unterlassen, ihn einzuführen. Das Prämiensystem der Tiere müßte händigt die Preise, schaffe aber keine Milch in die Städte.

Berlin werde ganz besonders mangelhaft beliefert. Dabei hätten die unerfüllten Agrarier bereits eine neuerliche Preiserhöhung für Milch und Butter verlangt! Im Schleichhandel liege der Kern des heutigen verlotterten Systems, das sich fälschlich als Staats- oder Kriegsozialismus ausbe. Wenn die Reichsregierung behauptet, daß alle Groß-Berliner Gemeinden vom Schleichhandel hätten Gebrauch machen müssen, so treffe das für Berlin nur für Gemüse, sonst oder nicht zu. Angefangen hätten die staatlichen Rationierungsinstitute in Spandau. Die Gemeinden seien ohnmächtig, hätten keinerlei Vollzugsrechte. Von diesem Schleichhandel der Gemeinden wie Neukölln usw. haben die Reichsbehörden gewußt und ihn stillschweigend gebilligt! Das geht aus den Angaben der Reichsregierung hervor. Hat doch selbst die Eisenbahnverwaltung auf gleichem Wege ihren Angestellten Butter und Käse über die Nation zugeführt! Charakteristisch sei, daß jetzt — im Kriege — auch die Agrarier für den freien Handel eintreten. Anstatt dem falschen System ein Ende zu machen, rufe man nach dem Staatsanwalt. Bestraft würden aber nicht die großen Schieber, sondern kleine Leute, die sich gegen irgendeine der Tausende von Verordnungen vergangen haben. Es existiere doch eine Börse für den Schleichhandel! Die Demoralisation liege bei den höheren Ständen und bei den Großagrariern. Der Antrag bewirde eine Unterstützung des Magistrats. Es sei die höchste Zeit, wenn nicht die Tuberkulose noch verheerender um sich greifen solle. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Simonsehn: Wir haben gegen die geplante Reduktion der Rationierung den entschiedensten Widerspruch erhoben. Der Butterverbrauch ist auf den achten Teil zurückgeschraubt; Schmalz ist zur Delikatesse geworden, das Fleisch ist fettarm. Dennoch hat gerade auf diesem Gebiete die Organisation der Versorgung bis heute sehr zu wünschen übrig gelassen. Die Butter geht mit Vorliebe unterirdische Wege. Eine Herabsetzung auf weniger als 80 Gramm ist um so unerwünschter, als Groß-Berlin in der gesamten Versorgung auf einer sehr tiefen Stufe steht. Unsere Vorstellungen über die Milchversorgung haben an der zuständigen Stelle leider nicht genügend Beachtung gefunden. Nicht einmal den Vollmächtsberechtigten können wir das ihnen Zustehende zuführen; eine Kürzung der Rinderportion hat eintreten müssen. (Hör! Hör!) Der Unterbau der Organisation auf dem platten Lande muß ausgebaut, die Kontrolle wirksamer gestaltet werden. Nach wie vor verlangen wir die Durchführung der behördlichen Beschlagnahme; es darf nicht mehr an Symptomen herumkurriert werden. Nicht gegen das heute befolgte System, sondern dagegen ist anzugehen, daß man dabei auf halbem Wege stehen gelassen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Schwerarbeiter müssen in der Ernährung besser gestellt werden, aber nicht auf dem Wege des wilden Handels.

Stadtv. Kohlenzer (Soz.): Den überzeugenden Ausführungen der beiden Vorkocher ist tatsächlich nichts hinzuzufügen. Wir sind mit dem Antrag einverstanden und werden für ihn stimmen.

Stadtv. Grünwaldt (Linke) kann sich mit dem zweiten Teil des Antrags nicht befreunden und bittet, ihn abzulehnen.

Stadtv. Cassel hält im Gegensatz zum Vorkocher gerade mit Rücksicht auf die Ausführungen des Stadtrats die Zustimmung zu dem Antrag für geboten, damit die Abstimmung nicht ein falsches Bild von der Stellung der Fraktion zu der Frage der Milchversorgung ergebe.

Der Antrag gelangt darauf einmütig zur Annahme. Schluß nach 10 Uhr.

Groß-Berlin

Die „verbesserte“ Schneeschipp-Verordnung.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat folgende Bekanntmachung erlassen: An Stelle der §§ 3 und 8 meiner Bekanntmachung vom 12. November 1917 über die Schneeschippung im Landespolizeibezirk Berlin treten von heute ab folgende Vorschriften: § 2. Jeder im Hause anwesende männliche oder weibliche Hausbewohner im Alter von 14 bis zu 60 Jahren ist verpflichtet, den Hausbesitzer oder seinen Bevollmächtigten bei der Reinigung des Schneehammes von Schnee und Eis zu unterstützen, soweit er hierzu körperlich imstande ist. Die Verpflichtung besteht nicht während der Stunden, in welchen der Hausbewohner durch Ausübung seiner Berufs- und Gewerbebetätigung, durch Ausübung des

paternalistischen Hilfsdienstes oder aus einem anderen wichtigen Grunde verhindert ist. Die Verpflichtung tritt ein mit der Auflockerung durch den Hausbesitzer sich an der Reinigung des Schneehammes von Schnee und Eis zu beteiligen. Der Hausbesitzer hat sofort ein Verzeichnis sämtlicher nach Absatz 1 verpflichteten Hausbewohner anzufertigen durch Umtrage zu ermitteln und in das Verzeichnis einzutragen, wer zur freiwilligen Hilfeleistung bereit ist, und sodann das Verzeichnis durch Auslegung im Hause, in seiner oder der Wohnung des Hausbesitzers, den Hausbewohnern sowie der Polizei dauernd zur Einsicht zugänglich zu machen. Reicht bei Schneefall die Hilfe der Freiwilligen nicht aus, so ruft der Hausbesitzer die im Hause anwesenden Verpflichteten zur Hilfeleistung herauf, daß die Verpflichteten möglichst gleichmäßig herangezogen werden. Stellvertretung der Verpflichteten ist zulässig. Der Hausbesitzer hat in das Verzeichnis einzutragen, wer an den einzelnen Tagen bei der Schneebeseitigung gesehen hat. Fälle unberechtigter Weigerung der Verpflichteten hat der Hausbesitzer zur Kenntnis der Polizei zu bringen. § 2a. Einigt sich die Mehrzahl der Mietparteien eines Hauses über die Bestellung eines im Hause wohnenden Obmannes, so bestimmt dieser, in welcher Reihenfolge der Hausbesitzer die Verpflichteten aufzurufen hat. Der Obmann entscheidet ferner über die Art und den Umfang der von den Einzeln zu fordernden Hilfe und bringt an Stelle des Hausbesitzers die Fälle unberechtigter Weigerung zur Kenntnis der Polizei. Der Obmann hat seine Wahl sobald dem Hauswirt und dem zuständigen Polizeibezirk schriftlich anzugeben. Bei Streit über die Gültigkeit der Wahl entscheidet der zuständige Bezirksvorsteher. § 3. Die zur Reinigung von Schnee und Eis erforderlichen Geräte hat der Hausbesitzer zur Verfügung zu stellen, soweit er hierzu imstande ist.

Wenn wir auf dem Standpunkt ständen, daß das Oberkommando überhaupt berechtigt ist, die Berliner Bevölkerung durch eine einfache „Bekanntmachung“ zu einem solchen extraordinären Hilfsdienst heranzuziehen, so würden wir gegen diese neue Fassung des Schneeschipp-Erlasses folgende Einwände erheben: 1. Es ist in den meisten Fällen schlechterdings unmöglich, festzustellen, wer aus „einem wichtigen Grunde“ verhindert ist. Alle diejenigen a. B., die ihre Berufstätigkeit in ihrer Wohnung ausüben, werden stets in der Lage sein, sich als unbeschäftigt zu bezeichnen. 2. Für das wenige dankbare Amt eines „Obmannes“ dürften sich freiwillige Kandidaten kaum finden lassen. Es entsteht somit die Frage: Ist der Gemählte verpflichtet, das Amt anzunehmen? 3. Der Hausbesitzer soll die erforderlichen Geräte zur Verfügung stellen, soweit er hierzu imstande ist. Wer liefert nun aber die Geräte, wenn der Wirt nicht imstande ist, sie in der nötigen Anzahl zu beschaffen?

Was wir sonst gegen die frühere Fassung des Erlasses einzuwenden gehabt haben, ist auch durch die neue nicht entfernt worden. So beziehen vor allem noch immer die der Rationierung bedürftigen Frauen der Entscheidung, der Beschaffung der nötigen Arbeitskleidung und der Entscheidung bei Krankheiten und Unfällen, die durch diese Zwangsarbeit verursacht werden.

Da wir indessen aus Gründen, die wir seither ausführlich dargelegt haben, der Ansicht sind, daß die Schneeschipp-Verordnung des Oberkommandos jeder gesetzlichen Basis entbehrt, so bitten wir keine Veranlassung, um an einer Reform der unferer Meinung nach rechtsumwandelnden Maßnahmen zu beteiligen. Wir verlassen nach wie vor, daß den Kommunen Groß-Berlins die nötige Anzahl Kriegsgefangener für die Zwecke der Schneeschippung sowie für andere dringend notwendige Arbeiten unüberzüglich zur Verfügung gestellt wird.

Es wird nunmehr die Aufgabe des Reichstags sein, in dieser Angelegenheit die eine oder über den Namen Groß-Berlins hinwegspendende prinzipielle Bedeutung hat, das letzte Wort zu sprechen.

Straßenverkehr.

Anfolge der zeitweisen Ueberfüllung auf der Hoch- und Untergrundbahn hat der Polizeipräsident von Berlin nachstehende Anordnungen getroffen: 1. Die einseitigen Fahrbahnen dürfen nicht in der Nähe der Tür stehen bleiben, sondern müssen unter allen Umständen in das Innere des Wagens treten. 2. Die ausleitenden Fahrbahnen müssen schon vor Erreichung des Zieltes allmählich den Ausgang aufstreben. 3. Die auf den Bahnsteigen wartenden Fahrgäste haben den ausleitenden Fahrbahnen eine breite Masse freizugeben. 4. Die unmittelbar an den Türen stehenden Fahrgäste müssen bei starker Belegung der Wagen unter allen Umständen auf den Vollstreifen hinausstreten, um den ausleitenden Platz zu machen. Sie sind dann bereit zu sein, den Wagen als erste wieder zu betreten. Die Ausführung dieser überaus wichtigen Vorschriften kann von den Anwesenden der Bahn nötigenfalls erzwungen werden. 5. Wagon nichtbare Ueberfüllung bereits geschlossene Türen dürfen nicht nochmals geöffnet werden. 6. Die Ränder haben bei starkem Andrang ihre brennenden Zigaretten besonders vorsichtig zu handhaben, um ein Verlegen der Kleider zu vermeiden. 7. Das Tragen ungeschützter Hutnadeln ist verboten und bei Ueberfüllung besonders gefährlich. Frauen, die gegen dieses Verbot verstößen, werden von der Mitfahrt ausgeschlossen und haben Bestrafung zu gewärtigen. 8. Um die Fahrgastensicherheit zu gewährleisten, wird den Fahrgästen dringend empfohlen, sich mit Fahrgastenschild zu versehen oder die selbstständigen Fahrgastenschilder mehr in Anspruch zu nehmen.

Im Namen der Fahrgäste erlauben wir uns, die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn um nachstehende ebenso wichtige Anordnungen zu ersuchen: 1. Solange ein Zug auf der Station hält, ist die Eingangsseite der Bahnsperrre unter allen Umständen für das Publikum freizuhalten, das den Bahnsteig betreten und den Zug benutzen will. 2. Noch nicht gefüllte Züge dürfen nicht früher abgelassen werden, als bis das auf dem Bahnsteig anwesende Publikum, das den Zug benutzen will, in die Abteile eingestiegen ist. Das entgegengesetzte Verfahren kann man nämlich a. B. auf dem Bahnhof Wilhelmplatz beobachten, wo fast leere Züge vor der Kasse der Fahrgäste abfahren, die die Bahnsperrre bereits passiert haben. 3. Da die Fahrgäste namentlich in der jetzigen Zeit, wo die Eisenbahn oft bestreuen sind und die Verleumdung auf den Bahnsteigen sehr mangelhaft ist, häufig nicht wissen, wenn sie ihre Bestimmungstation erreicht haben, müssen die Namen der Haltestellen beim Eintreffen eines Zuges ausgerufen werden.

Differenzen im Kohlenverbände Groß-Berlin?

Die Charlottenburger städtische Kohlendeputation beschloß in ihrer letzten Sitzung, den Kohlenverband Groß-Berlin dringend um den sofortigen Erlass einer allgemeinen Verordnung für alle Groß-Berliner Heizungsabnehmer zu ersuchen. Für den Fall, daß der Kohlenverband nicht umgehend die Bestimmungen, nach denen die Schiedsstellen in ganz Groß-Berlin ihre Entscheidungen zu treffen haben, festlegt, will Charlottenburg nach Beratung mit anderen Gemeindefürsorge aus dem Kohlenverband ausscheiden, um seinerseits selbständig die örtliche Heizungsabnehmerstelle einzurichten und die Grundzüge für deren Wirksamkeit auszuarbeiten.

Gegen die Kartoffelverfälschung

wendet sich der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen in einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt in der der Protest des Oberbürgermeisters gegen die Verfälschung der Kartoffeln unterliegt und die Erhöhung der allgemein gewährten Ration auf 10 Pfund wöchentlich gefordert wird. Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen verlangt die Beschlagnahme der Kartoffeln in den Pieten beim Landwirt. Es

„Wir leben so wie so - nicht lange mehr!..“

Einer der Nachlässe aus den ständischen Offensiven: die Namen der Toten zuden haben. In langen Kolonnen, dicht angeschlossen, etwas dünn durcheinander, Treppen und Dienstarbe nur noch als nebenläufige Richtigkeiten mit sich schleppend, fassen ihre Namen die großen Flächen der Zeitungsblätter, um mit ihnen in alle Richtungen zu entwinden und den Hauch ihres Namens einschweben zu lassen in den großen stummen Chor der Toten, deren Gedanken das Heimatland mit der einen großen stummen, aber unaussprechlichen Empfindung umfängt...

Ebne in blühendem Alter, sind es, die im Auge des Todes gehen, junge Mütter, Väter von Kindern, deren Hirne das Entschlossene, wie es über die Menschheit heraufgezogen ist, noch gar nicht fallen können. Raum bringt du in deinen Gedanken ob der Fälle zu dem Leid, das jeder einzelne dieser Fälle umschließt, so Eltern und Geschwister, nicht selten mit Stämmen verträgend, daß nicht der erste aus ihrem Kreis diesen Weg habe gehen müssen, so Säuglinge und Kinder wie bestirbt ihren Verlust beklagen.

Alle diese breitsgedruckten Namen sind einmal Leben gewesen. Ein Stück Welt, groß oder klein, doch in sich aufgebaut und herangewachsen zur Erfüllung seiner und anderer aller Zeit. Das dort drinnen liegt, in sichere Grabeshütten gebracht oder verschüttet von den Wellen beständiger Erde, oder was im Krankentod elend verendet ist, war einmal Träger vielfacher Hoffnungen auf sich selbst und Hoffnungen anderer auf ihn, war auf vielen bunten, auch wirren Wegen durchs Leben gegangen, noch weit sich während vom letzten Wegesende, noch rüstigen Mutes hinausdrängend in die ungewisse Straße kommende Tage. Alle diese Namen waren Leben gewesen, unvollendet, noch lust an der Schwärze jener Lebensjahre, die gemeinsam die Verheißung bergen sollten für das, was Kindheit und Jugend lächelnd angefangen hatten.

Oder war der Tod auch diesen Leben, deren Namen nun zu einem grauen Schleier zusammenhängen, vielleicht das größere Glück gewesen? „Niemand kennt den Tod und niemand weiß, ob er nicht das größte Glück ist!“ Das ist ein so alter Trost, aber er ist immer wieder neu in seiner ruhigen Zuversichtlichkeit, die aus dem Zweifel spricht. Waren jene im Stau des Krieges abgerissenen Leben denn immer auch Glück gewesen? Niemand weiß es, aber es wagt auch niemand, es zu behaupten. Wer in der offenen Frage jenes Trostes keine Auskunft sucht, wird es vor allem nicht bedauern können. Denn was ist Glück? Nicht jenes große Glück des glückseligen, aber blinden Zufalls, nicht das Glück des Spieles oder Sportes oder der Karriere, sondern eben das Glück des eigenen Willens, der Übereinstimmung zwischen Willen und Können, das Zusammenfließen aller der Eigenschaften und Auswirkungen, die auch den längsten Tag verkünden, sei es, daß ungedrohtes Lebenshoffnungen jenseitiges Licht ausbreiten, sei es, daß gelinder Lebensmut die Finsternisse lachend umgibt, hat sich an ihnen blutig zu zeigen. Wenn das — so ungeliebt — das eigentliche Glück ist, — wie viele von denen aus den Totenlisten mögen es jemals in aller seiner Reinheit empfunden haben.

Wem es wehrt der Tod des Krieges ein dunkles Verhängnis, sein einfaches Dorf bleibt verachtet und seine stotternde Großstadtschule, ferngeladene Kolonialmission bilden das Mutter so gut wie Menschen, die bittere Erbschaften ganzer Völkerverbände in sich tragen, einfache Kerle, denen ihr einziges Heimatdialekt ihre ganze Welt war und die der Krieg herausriß und wie in einen weitentfernten fremden Planeten worf, wie solche Naturen, die, gleichsam im Menschenwürde geboren, in ihm aufgewachsen waren und sich immer in der großen mittellosen Menge wie zu Hause gefühlt hatten, sind gleichermäßen in den Teppich des Krieges über hinausgeworfen. Und von diesen Menschen der zweiten Art, den Großstadtmenschen, steigt ein Gesicht vor meinem Geiste auf, das aus Hunderten und Tausenden zusammengesetzt sein kann, ein Gesicht, das wie eine Erscheinung vor mir steht...

Es war bei Gelegenheit einer Durchreise, daß ich in Berlin auf einem oberirdischen Damm in die Kommandantenstraße geriet. Wer nach Berlin nicht als heutiges Pöbels aus der Provinz angedrückt kommt, kann sich ja auch in der Weltstadt langweilen, und Langeweile war es wohl, die mich ins „Bismarck“ oder wie der Göttertempel heißen mochte, entführte. Ein Unglückseliger aus der besten Zeit der Glöckner und anderer Volkshumoristen wohl, eines der wenigen Überlebenden aus jenen Jahren harmloser Vergnügungsanstalten, aber vielleicht besseren Humors, als es die Zeit vor dem Kriege war. Aber bei dieser Säule erschütternder Eingangsgepräch, die auch der Kinetempel noch nicht verdrängt hatte, fand sich zusammen, was in seinem Unterhaltungsverlangen noch dem alten Gefamad anging — und das erste Weibliche sieht ja nicht nur hinan, sondern auch hinab. Es sind nicht wenige, denn Abend für

Abend war der Saal gesteckt voll. Wer war es? Weist junge Leute wohl, aber auch solche, die das Jungbleiben mit dem Zörlischsein für ein halbes Leben, Meist in einem Alter, das zwischen Jugend und Mannesreife liegt. Wohl keine Arbeiter, aber auch keine „Goldene Jugend“. Ob aus geistiger Mittelstand, mag sich heraus entscheiden, wenn wir uns die Leute noch näher betrachten. In der Hauptstadt eine Jungmannswelt, die noch Festsetzung sucht und dabei auf den Preis sieht: sie darf nicht allzu teuer sein. Denn die Junggelehrten sind öde und trift, wenn man keine Ideale in sie mit hineinbringt die auch den Feierabend ausfüllen können. So waren es vielleicht junge Kaufleute, Studenten, die sich da zummentanden. In manchen Gesichtern unbestimmter Leidenschaft, in anderen schon die heibe Witterung, kurz die Mischung von den beiden Sphären der Menschen, den Rechten und den Schwächeren. Solche, die in das Leben nicht fragend und suchend, sondern ungewiss und unerkonnen hineingehen, andere, denen der Verdacht schon aus den Augen spricht, daß das Leben wirklich eine „solche“ Hahnleiter sein könnte... Sie lassen die „Künste“ da oben auf den Brettern mit einem leichten Hohn auch über sich selbst sich abspielen, wie die anderen in ihnen auch bloß den Zug sehen, um bedenklich sie hier den Abend totschlagen. Und so sind es schließlich die Rechten und die Schwächeren im gleichen Maße, die sich von der Sängerin da oben bestimmen lassen, den Rechten immer und immer wieder mitzusingen.

Warum ist der mir als einziges Stück aus den Darbietungen wohl im Gedächtnis geblieben und warum taucht er gerade jetzt wieder wie aus einem tiefen Schacht auf? Was sang der ganze große Chor mit indistinkten oder höhnvoll gekürzten Lippen zu der sammetierenden Blechmusik und der überlyrischen Stimme der Sängerin da oben? Nun nichts als diese Lapperei: „Wir ham ja so nicht und ham ooch so nicht, wir leb'n ja so wie so nicht lange mehr“...

Es war vor dem Kriege. Die da sangen, wurden von ihm als die ersten mit erfährt ihrem Alter nach; die nicht gleich vor dem Feind kamen, werden später ohne Ausnahmen so oder so in den Kriegesmechanismus hineingezogen worden sein. Und damit entschwebt auch dieser Kreis aus einer großstädtischen Bevölkerungsschicht, aus der Berliner Jungmannswelt dem Bild; eingeordnet in den großen Heerwurm, der gegen die Grenzen zieht und draußen eine lebendige Schutzmauer gegen den Feind aufrichtet, sehen wir sie wieder in den Urlaubern, in den Kriegsverletzten — aber auch in den Totenlisten fassen sie die Reihen auf. An ihnen ist jener Reiz so sicher, als sie ahnten, zur Wirklichkeit geworden und die ähnliche Abfindung mit der Kessellostigkeit eines Daseins, das sie nur mit schwäbigem Hitter beleben konnten, hat bei ihnen recht behalten...

Es war wirklich wie ein gebeltes Können in der Zeit vor dem Kriege. Ein Zulamentaffen und Auslösen aller Lebensmöglichkeiten hier, ein Seyen auf die letzte Karte da, und dort ein Hoffen vor der Katastrophe, ein Händchenhalten angesichts einer Zukunft, wie sie sich in diesem Kriege erfüllt hat. Keine Vernunft reicht hin, den Wahnsinn zu erklären und zu begründen, der in diesem Kriege liegt, keine andere Erklärung gibt es für ihn, als daß er eine Fieberkrankheit der Menschheit ist, die mit innerem Erschauern beginnt...

Winterfalte.

Wird der Winter in diesem Jahr, daß von der Kohlenkrise replet wird, wieder ein so strenger Derscher sein wie im Vorjahr? — Diese Frage drängt sich jetzt oft auf, man möchte sie gern von der Wissenschaft, der Meteorologie, beantwortet haben, sagt sich aber meist selbst, daß das Trophegen von Uebel ist. Im allgemeinen ist die Zahl der Eistage ein brauchbarer Maßstab für die Beurteilung des Winters. Im langjährigen Durchschnitt gibt es im norddeutschen Flachland, das durch die Berliner Winterverhältnisse gut gekennzeichnet wird, durchschnittlich 26 Eistage im Jahre, 1—2 im November, 6—7 im Dezember, 10—11 im Januar, 8—8 im Februar, 1 bis 2 im März. Selbstverständlich kommen erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnitt vor. So zeigen die Winter 1840/41 und 1849/50 je 55 Eistage, der Winter 1844/45 sogar 68 Eistage, dafür gab es 1855/56 nur 2, 1897/98 sogar überhaupt keine Eistage. Aus dem vorjährigen abnorm kalten Winter wollten viele schon auf eine Verhälmmerung des Klimas schließen, doch spricht nichts dafür, daß dies tatsächlich der Fall ist.

Reisner hat das reichlich gesammelte Material von über achtzig Jahren, nämlich von den Jahren 1821—1903, einer genauen Bearbeitung unterzogen; auch spätere Jahre sind noch herangezogen worden. Indem für jeden der drei Wintermonate die Abweichungen vom Mittelwert geprüft wurden, ergab sich keine irgendwie gelegentliche Abweichung, die eine Veränderung des Klimas zeigt.

Freilich war in den letzten 60 Jahren für den Januar und Februar eine ganz schwache Erwärmung von etwa einem Grad angedeutet, doch ist darauf gar nicht zu geben, denn der mittlere Fehler bei der Berechnung beträgt mehr als das vierfache, so daß dieses Berechnungsergebnis keine Sicherheit für ein wirkliches Wärmerwerden des Klimas bietet. Auch sonst deutet nichts auf eine solche Veränderung. In den verschiedenen Zeiten sind auffallend warme und auffallend kalte Tage vorgekommen. Der kälteste Januar seit 1848 war der Januar 1893; der kälteste Dezember der des Jahres 1890. Im Oktober gab es in den sechzig Jahren von 1848—1907 nur einen einzigen wirtlichen Wintertag, den 31. Oktober 1873, dagegen gab es mehrere Male Oktober des Jahres 1908. Kehlische Erfahrungen sind mit starken Erwärmungen gemacht worden. Da also nichts eine klimatische Veränderung in unseren Verhältnissen anzeigt, dürfen wir hoffen, daß dieser Winter sich als normal erweisen wird.

Die fünf-Milliarden-Arbeit der Insekten.

Die Insekten sind die schlimmsten Feinde des Landwirts, da sie zuweilen ganze Ernten vernichten; unter den Insekten finden sich auch seine besten Freunde, da er ohne sie von den meisten Pflanzen überhaupt keine Ernten erzielen würde. Geradezu gewaltig ist der wirtschaftliche Nutzen, den die Gesamtheit der Insekten durch die Beschädigung der Pflanzstoffe: mit rund fünf Milliarden Mark im Jahre ist diese Arbeit der Insekten zu bewerten, wie Dührsen in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ an der Hand einer Arbeit Ulrich Verners nachweist.

Zahllose Insekten bestäuben die Blüten; die wichtigste Rolle spielen dabei die Hautflügler, besonders die Bienen; weniger wichtig ist die Bestäubertätigkeit der Fliegen, Wespen, Ameisen, Käfer, Schmetterlinge usw. Zahlenmäßig war hierüber bisher wenig bekannt; der Erlanger Professor Jander hat den Nutzen, den die deutschen Bienen durch die Bestäubung von Pflanzen jährlich leisten auf 100 bis 150 Millionen Mark eingeschätzt, und andere Bienenforscher sind zu ähnlichen Schätzungen gelangt. Ulrich Verner hat nun den wirtschaftlichen Nutzen der Insekten durch Bestäubung zu ermitteln versucht, indem er zunächst den Wert des Bestäubens von allen Kulturpflanzen Deutschlands feststellte, die hauptsächlich von Bienen befliegen werden. Dabei rechnet er (in Millionen Mark) für die Gesamtbestäubung 160, für Raps und Rüben 12,7, für Buchweizen 7,7, für Luzerne zur Samengewinnung 1,6, für Acker zur Samengewinnung (außer Klee) 10,5, für Weizen zur Samengewinnung 8,4, für Weizen zur Samengewinnung 0,7, für Reis, Fenchel, Roriander, Kummel 2,6, für alles übrige 20, und das ergibt für alle deutschen Bienen durch Bestäubung erzeugten Früchte eine Gesamtsumme von 288 Mill. Mark Wert. Eine Reihe von Kulturpflanzen, die auch im größeren Maße die Tätigkeit eines erfolgreichen Selbstbestäubung haben, wie beispielsweise Getreidefrüchte, sind hierbei unberücksichtigt geblieben. Bei der Fortführung der Rechnung nimmt Verner an, daß durch Bienen 1/3, aller Blüten befruchtet werden, bei denen überhaupt Insekten den Blütenstaub übertragen. Diese Zahl ist sicherlich recht niedrig gegriffen, denn manche Beobachter geben den Anteil der Bienen an der Bestäubung auf 1/2 bis 2/3 an. Um den Gesamtnutzen aller Insekten als Bestäuber zu ermitteln, rechnet Verner zunächst den Nutzen der Hummeln hinzu, die den Klee befruchten. Dessen Samen-ertrag für Deutschland beträgt rund 26 Millionen Mark Wert. Der Gesamtnutzen der Insekten als Bestäuber stellt sich also in Deutschland auf rund 800 Millionen Mark. Setzt man für Rußland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und die übrigen europäischen Staaten je ebensoviel an, so ergibt sich für Europa eine Summe von 1600 Millionen Mark, und wenn man für die übrigen Erdteile nur das Doppelte hinzugählt, kommt man zu einem Gesamtnutzen der Insekten als Bestäuber, der für die ganze Erde rund fünf Milliarden Mark beträgt.

Notizen.

Der Staatkauf in der Sezession. Zum ersten Male hat sich der preussische Staat herbeigelassen, in einer der Berliner Sezessionen Bilder zu kaufen. Aus der Ausstellung der Berliner Sezession hat das Kultusministerium die „Landschaft“ von Prof. Philipp Franz, die „Sandgrube“ von Will Jandl, das „Gartenhaus“ von Erich Wiltner, eine Landschaft von Robert J. K. Scholz, ein Selbstbildnis von Wilhelm Koblhoff, die „Straße in Potsdam“ von Oswald Erisch und die „Dorfstraße“ von Hans Michael Sonn gekauft. Die ehemalige Kunstheimkunft ist also endlich museumstreu geworden (was ein einziger Führer schon lange waren) — jetzt, wo sie dabei, ihren ursprünglichen Charakter anzugeben.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines herbenden Jahrhunderts. Von A. Franck.

Reißer atmete tief. ... So also suchte sie Reinhard, an dem er trotz der Erzählungen von seinem Verrat noch immer hing, zu umgarnen. Um jeden Preis wollte sie ihn hier haben, des Nachts, in diesem säuwülen, parfümierten Puhl. Nach dem einen Liebhaber den andern.

Er machte unwillkürlich eine Bewegung des Horns. Der Vorhang über seinem Arm bewegte sich. Die Sängerin hatte gerade hingelesen.

Mit einem entsetzlichen Schrei sprang sie auf. Dann erstarrte jeder Laut in ihrer Kehle. Sie fiel auf die Knie und hob nur die Arme.

Reißer trat vor. „Mäuder... Wörder!“ freischte die in Todesangst Vergehende.

Da befahl ihm ein wilder Blutrausch. Alles, was er dieser Frau halber gelitten hatte, drängte sich in seiner Erinnerung zusammen.

„Jetzt stirbst Du, Wörderin der Freiheit!“ Er rief es, ohne zu bedenken, daß Rainette ihn hören konnte.

Mit einer wilden Bewegung stürzte er vor — frohend fuhr sein Messer auf sie nieder — ein dumpfer Wehlaut und warm und rot rann es über seine Finger.

Da ließ er ab... blieb knien, schaute auf seine blutige Hand... mit irrem, entsetztem Auge... Er sah die kleine Fatme vor sich und hörte ihr ängstliches: Blut! Blut!

Nun war auch die zweite Prophezeiung erfüllt. Rasch stand er auf. Da öffnete sich die Tür. Und herein trat Solms.

Beide prallten vor einander zurück, als ob sie Gelpenster wären.

„Du... So“ Dann sah Reinhard das blutbesetzte Messer, die stöhnende Frau am Boden und verstummte entsetzt.

Reißer aber richtete sich auf. Sein Auge flammete wie das eines Raubtieres. Jetzt hatte sein Leben Größe, das war sein höchster Moment!

„Ich habe sie getötet, weil sie mein, Dein, unser aller

Unglück war“, sagte er dumpf. „Jetzt ist das Band frei.“

„Aber, was hast Du getan? Unglücklicher!“ schrie Solms ihn an.

„Sie wollte Dich ja befreien, deshalb komme ich ja zu Dir. Sie wollte Dich retten!“ Reißer erblühte.

„Sie... mich retten?“ stotterte er. „Ja, wozu dich denn dann zum Wörder geworden?“ Er schrie es mit solch' fürchterlicher Stimme, daß Reinhard strotzte.

Aber es war keine Minute zu verlieren. Noch gab die Bedauernswerte Lebenszeichen von sich. Im Schmerz schlug sie mit der Hand auf den Boden und es war grauenhaft zu sehen, wie mit jedem Schlag das Blut, das ihr weiches Kleid schon mit einem großen roten Flecken durchsüßert hatte, in einem Strahl emporstobte und in einem schmalen roten Wächlein auf den Boden rann.

Reinhard warf sich über Wöser. Ohne Bedenken geritz er ihr Kleid und band es in breiten Streifen über ihre Schulter. Der Stich hatte sie in die Lunge getroffen und jeder Atemzug bereicherte ihr von neuem Schmerz. Sie öffnete die Augen und starrte ihn an.

„Madame, haben Sie keine Angst, man wird sie retten! Ein unglücklicher Wahn hat“... weiter kam er nicht.

Wöser deutete mit den Augen auf den wie ein Bild der Verzweiflung dastehenden Studenten und frag leise: „Wer ist das?“

„Reißer heißt er“, stammelte Solms. Da fiel sie ohnmächtig zurück.

Als sie wieder zu sich kam, war der schreckliche Mensch verschwunden. Nur Reinhard kniete bei ihr und erneuerte den Verband, aus dem wieder Blut tropfte.

Da sah sie ihn an. Nun ersannlich war sie allein mit dem geliebten Mann... So heiß, so strahlend, so zärtlich erglänzte ihr Auge, daß er ohne ein Wort alles verstand, was sie fühlte.

„Reinhard!“ In dem einen Wort lag die ganze Seligkeit und Bitternis ihrer Liebe, alle Hingebung eines reinen Weibes und alle Süßigkeit eines besitzbegierigen Herzens.

„Madame!“ stammelte er, „ich verstehe nicht. Wir kennen uns nicht“...

„Aber ich kenne Dich, ohne daß Du es weißt, ich liebte

Dich, seit ich Dich in München sah... ich kam her, nur um Dich zu sehen — ich habe Dich getragen, gehegt mit meiner Liebe — alles... alles war mein Werk... Michalandsky — die Schriften des Varrat — der Wiederanstellungsbrief... und ich... ich sterbe nun, wo ich Dich heute endlich bei mir sehe...“

Sie sank, von der Anstrengung überwältigt, zurück. Ein dünner Blutstrahl drang aus ihrem zuckenden Munde. Offenbar bluiete sie nach innen. Hier war keine Hilfe mehr möglich.

Mit Reinhard drehte sich das Zimmer... Diese schöne, vornehme Frau war also die unsichtbare Hand über ihm, Reginald seiner Instinkt hatte es recht erraten... Und so heiß strahlte diese übermenschliche Liebe noch aus der Sterbenden, daß sie ihn für den Augenblick selber ergriff.

Er legte ihre Hand. Auf den warmen Druck öffnete sie die Augen. Selig, vertrauensvoll, zärtlich wie ein mildes Kind.

„Reinhard“, hauchte sie stöhnend, „ich sterbe, Du aber mußt leben... Deine Gedanken sind so herrlich, bezaubernd... so groß!“

Auf seinen nicht verstehenden Blick lächelte sie: „Ich habe Deine Schriften gelesen... dort liegen sie, l'ami du peuple... wie groß, wie schön... ich habe sie Dir heute wiedergeben wollen...“

„Ich hätte mit Dir gewirkt, gekämpft, wir wären zur Sonne gelangt... wir hätten gesiegt...“

Da schrie er verzweiflungsvoll auf: „Und Reißer hat unsere einzige Freundin getötet!“ Sie lächelte wieder unter Schmerzen, strich leise an seiner Hand:

„Nicht unglücklich sein. Es ist schön so... der Herzog hat mir heute versprochen, Reißer zu begnadigen.“

Da sah er ihr ins schon umstorte Auge. Zum zweiten Mal an diesem Abend in ein brechendes Auge. Und auch aus seinem Auge brach ein Strahl von Liebe. Und er deutete sich über sie — nicht wissend, was er tat... In einem langen Ruffe fanden sich ihre Lippen.

So starb Wöser verkürrt in einem letzten Augenblick eines reinen Glückes, dem einzigen, der hoch und erdentrübt gewesen in ihrem Leben.

Reinhard stand auf und betete sie sanft auf den Leppich. Sie glück im Lobe einer ruhig schlummernden jungen Mutter...

... Es war, als lächelte sie selig...

(Fortf. folgt.)

Das verkrachte System Waldow.

Die Oberbürgermeister als Sündenböcke.

Der Leiter des Kriegsberaternamts, Herr v. Waldow, hat, wie das „D. Z.“ von gutunterrichteter Seite erfährt, nunmehr wahrscheinlich auf Grund der Neuföllner Denkschrift eine Warnung an die Bürgermeister der Großstädte vor Ueberhöhung der Höchstpreise erlassen, da er sonst mit scharfen Maßregeln vorgehen müsse. Der Staatsanwalt soll das verkrachte System Waldow retten! Gegen den Oberbürgermeister von Krefeld ist ja bekanntlich die Exekution bereits eingeleitet worden. Aber die näheren Umstände verdienen doch noch genauere Beachtung. Von einer Kreise der Arbeiterorganisation wird uns mitgeteilt:

Wie uns bekannt, handelt es sich bei dem betr. Gänsekauf, bei dem die Höchstpreise um ca. 50 Proz. überschritten wurden, nicht, wie allgemein angenommen wird, um Gänse, welche auf dem freien Markt eingekauft wurden, sondern vielmehr um Gänse, welche von den Reichsstellen der hiesigen Stadterwaltung zum Verkauf zuweisen sind. Die hiesige Stadterwaltung hat diese von der Reichsstelle zugewiesenen Gänse zu den Selbstkosten zuzüglich Abnehmeraufschlag durch Preisfestsetzung abzugeben. Wir sind der Meinung, daß sich unser Oberbürgermeister hierdurch nicht strafbar gemacht hat, sondern die Schuld lediglich der betr. Reichsstelle trifft. Unser Oberbürgermeister hat sich in der Lebensmittelversorgung für die Stadt Krefeld im Interesse der Wunderschicksaligen die größte Mühe gegeben.

Diese Zustände bestätigen nur die Neuföllner Denkschrift, wonach die Reichsstellen selbst sich nicht an die Höchstpreise halten oder diese auf nicht immer legalem Wege umgehen. Und weil die deutschen Oberbürgermeister diesem System ohnmächtig gegenüberstehen und jeden Preis zahlen mußten, deshalb sollen sie jetzt bestraft werden. Der Ruf nach dem Staatsanwalt erschallt ziemlich laut an den Reichsstellen. Man will einige besonders scharfe Fälle herausgreifen und zur Bestrafung bringen, aber das System soll das alte bleiben. Und wenn dieses System nicht daht, der muß still sein.

Der Beirat des Kriegsberaternamts, der heute zum Kommando, wird viel Energie aufbringen müssen, um dieses unhaltbare, faule System zu beseitigen.

Pankow für die Neuföllner Denkschrift.

In der Gemeindevorstandssitzung am Dienstag ging Genosse Schmidt bei der Beratung des Beitritts der Gemeinde zum Lebensmittelverband Groß-Berlin auch auf die unhaltbaren Zustände ein, die sich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung Groß-Berlins herausgebildet haben. An der Hand der in der Öffentlichkeit gelangten Denkschrift der Neuföllner Gemeindevorstände an das Kriegsberaternamt beleuchtete er Wesen und Umfang des Schleichhandels, der Lebensmittelhöchtpreise und Höchstpreisüberschreitungen und verurteilte, daß auch die für Pankow in Frage kommenden Stellen sich dem vorgehenden Neuföllner anschließen und den in der Denkschrift gemachten Vorschlägen zur erfolgreichen Bekämpfung des aufgedeckten schamlosen Treibens beitreten möchten. Wenn hier nicht ungesäumt und energisch eingegriffen werde, sei eine Katastrophe unvermeidlich. Ferner forderte Genosse Schmidt wiederum dringend ein Hinwirken auf Erhöhung der Karaffelration von 7 auf 10 Pfund. Hierbei wäre zuerst an die Ernährung der Menschen und erst in zweiter Linie an das Vieh zu denken. Sollte man aber trotz allen Rahmens die Dinge weiter so treiben lassen, dann müßten unsere Vertreter in den in Frage kommenden Körperschaften für die unaufbleiblichen Folgen die Verantwortung entscheiden ablehnen. Bürgermeister Staneich bezeichnete die Neuföllner Denkschrift ebenfalls als einen dankenswerten Schritt, nur könne er sich von den darin gemachten Vorschlägen Besserung nicht versprechen und der Vertretung eine Zustimmung kurzum nicht empfehlen. Dagegen sei er dafür, wenn die Vertretung ihre Zustimmung zu der Denkschrift selbst zum Ausdruck bringe, was nach längerer Debatte auch einstimmig geschah. Ebenso wurde hierauf dem Beitritt zum Lebensmittelverband Groß-Berlin zugestimmt.

Die zurückgehaltenen Rübren.

Drohung mit dem Produzentenstreik.

In einem Rundschreiben, das die Reichsgüterstelle an die Zuckerraffinerien gerichtet hat, heißt es:

„Nach uns vorliegenden Mitteilungen verzögern manche Landwirte die Rübenablieferung schätlich, um ihre Rübren nach Schluß der Arbeit in der Zuckerraffinerie, an die sie vertraglich zu liefern haben, einer anderen Verwertung oder der Verfütterung im eigenen Betriebe zuzuführen. Bei diesen Landwirten soll die Ansicht bestehen, daß sie nach Beendigung der Arbeit in den Zuckerraffinerien ihre Rübren zu anderen Zwecken fähig, als bei der Ablieferung an die Zuckerraffinerie verwerten können.“

Schafe im Wolfspelz.

Christlichsozialer Annexionsist.

Der Christlichsoziale Verein Berlin veranstaltete eine Kundgebung gegen unsere letzte Verklammung. Parole: Kolonialland im Osten zur Sicherung unserer Rohstoffe.

Nachdem unbedingte Volkswirtschaftler schon oft und treffend nachgewiesen haben, daß wir, um unseren gelamten Bedarf an Rohstoffen militärisch zu sichern, mindestens 50 Proz. der Erdoberfläche erobern müssen, gebt die ganze Harmlosigkeit jener Kreise dann, mit diesem alten Nachwächterplätzchen auf dem Kampfplatz zu erweisen.

Au guter Letzt stand noch Herr D. Schillings auf und forderte wider den Professor Duidde, der sich nicht zünftig genug auf den deutschen Sieg freut. Herr D. Schillings ist dafür bekannt, daß er einst Gott für diesen Krieg dankte. Es ist nur ein Verweis für die unendliche Langmut des lieben Gottes, daß er sich noch nicht für diese seine Diener „bedankt“ hat.

Was aber Prof. Duidde betrifft, so werden ihm nach berühmten Muster Dinge nachgesagt, die er nie gesagt hat. Er hat das wiederholt in öffentlichen Erklärungen festgelegt, was natürlich nicht das mindeste geduldet hat. Die deutschen Kriegsanführer müßten um jeden Preis ihren „Holl-Cailloux“ haben und zerreißen sich vor Wut, weil es bei ihnen nicht dazu langt.

Zentrum und Wahlrecht.

Die Angst vor der organisierten Masse.

Am Dienstag fand in München die Generalversammlung des Bayerischen Bauernvereins statt. Der Vor-

Die „Deutsche Tageszeitung“, die dieses Rundschreiben veröffentlicht, damit es nicht zuvor in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht werde“, bemerkt dazu höhnisch:

Es mag ausgehen werden, daß vereinzelt Landwirte leider ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllen, aber dies in der Art zu verallgemeinern und mit auf die Landwirtschaft herumzuwackeln, wie im Eingange des Rundschreibens, wird wohl den Erfolge haben, daß im nächsten Jahre wieder weniger Rübren angebaut werden.

Dies Zeugnis, das die „Deutsche Tageszeitung“ dem Patriatismus der Rübrenbauer ausstellt, verdient festgehalten zu werden. Wenn die Behörden gegen unerhörte Zurückhaltungen vorgehen, so droht die „Deutsche Tageszeitung“ ungeniert mit dem Produzentenstreik! Das ist das gleiche Blatt, das gegen die streikenden Munitionsarbeiter nicht genug Schmäh- und Schimpfwörter finden konnte!

Die Hege gegen die Munitionsarbeiter.

Die Agrarier fordern Höchstlöhne.

„Deutsche Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ fahren munter in ihrer Hege gegen die Munitionsarbeiter fort, denen die Agrarblätter jetzt die Schuld für die Sünden des Systems Waldow aufbürden wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat es heraus. Nur die hohen Löhne der Munitionsarbeiter sind an den hohen Lebensmittelpreisen schuld, denn die Preise richten sich immer nach den Löhnen! Nun kann allerdings selbst die „Deutsche Tageszeitung“ nicht behaupten, daß in den Bucherpreisen für Lebensmittel die hohen Löhne der Munitionsarbeiter jenen, da ja die Munitionsarbeiter Granaten, Torpedos usw., aber keine Würste und Schinken produziert haben. Aber die hohen Löhne der Munitionsarbeiter hätten nach der „D. Z.“ auf das Land zurückgewirkt und auch die Landarbeiter-Löhne so in die Höhe getrieben, daß notwendigerweise die Lebensmittel um das Vielfache teurer werden müßten. „Da staunt der Bachmann und der Laie wunderlich“ heißt es in einer bekannten Operette. Wäher haben die Landarbeiter von dieser Mißenerhöhung ihrer Löhne auch nicht das mindeste gemerkt. Aber selbst angenommen, daß die Landarbeiterlöhne sich erhöht hätten, haben in der Landwirtschaft nicht Hunderttausende von Kriegsgefangenen für so gut wie umsonst gearbeitet? Haben nicht sämtliche inländischen Garnisonen für die Ernte militärische Arbeitskommandos gestellt, die gleichfalls kaum mehr als ein Taschengeld für diese Tätigkeit erhielten? Meinen wir noch die auf dem Lande angehenden Gymnasialisten, Jungmänner usw. dazu, die gleichfalls für das bloße Essen und Trinken tätig gewesen sind, so ergibt sich, daß die Landwirtschaft nicht nur keine hohen Löhne hat zahlen müssen, sondern Millionen Arbeitskräfte für fast umsonst gehabt hat. Damit kündigt der Schwindel, daß in den erhöhten Lebensmittelpreisen erhöhte Löhne stecken, in sich zusammen, es finden darin Bucherprofite der Erzeuger und Händler, sonst nicht!

Die „Deutsche Tageszeitung“ will dem Uebel durch Höchstlöhne für die Munitionsarbeiter steuern. Gut, aber brüllt, Löwe! Aber gehört denn dazu nicht ausverderbt die Befreiung von Höchstpreisen für die Nahrungsbetriebe? Und wenn dann die Lebensmittel auch nicht um ein Prozent billiger werden?!

Die Behauptung der „Deutschen Zeitung“, daß die Nahrungsbetriebe durch Erhöhungen mit Straß die Umgehungen der Gesetze und den Schleichhandel erpreßt hätten, haben wir gestern als nichtwürdige Verleumdung festgenommen. Die „Deutsche Zeitung“ lüdt nun unsere Vorstellung des Sachverhalts dahin zu verbreiten, als ob wir doch schätlich ihre Behauptung aufgeben. Es lohnt sich nicht, diese Sophistik zu widerlegen. Es genügt, hier festzustellen, daß in diesem Punkte sogar ein streng konservatives Blatt für unsere Auffassung gegen die der „Deutschen Zeitung“ Partei ergreift. Der konservativ-orthodoxe „Reichsbote“ schreibt:

In der „Deutschen Zeitung“ eifert Dr. G. S. Schiele, ein Vertreter des Freihandels im Sinne des liberalen Handelsrechts, gegen die öffentliche Bewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel und nennt sie „das System Müller-Stegerwald-Scheidemann“. Mit merkwürdiger Logik nennt er dies System „einen Raub an den organisierten Arbeitern“. Er stellt es so dar, als ob die Großbetriebe der Nahrungsgüterindustrie („Dies Kind, kein Engel ist so rein“) nicht dem „Kopiel“, sondern nur den Nahrungsbetrieben auf die vom ersten Loge an Vorräte über den Höchstpreis aufzuschießen hätten, als ob ihre Interessen und die der Arbeiter in diesem Punkte nicht aufs engste liest wären.

Die agrarischen Blätter haben Recht. Gestern konnten wir die „Deutsche Tageszeitung“ durch die „Tägliche Rundschau“ widerlegen, heute widerlegen wir die „Deutsche Zeitung“ durch den „Reichsbote“. Es ist bezeichnend für den moralischen Grad der Agrardemagogie, daß selbst die engeren politischen Freunde der Agrarier sie nicht mitmachen wollen.

stehende, Freiherr Kerckerling zu Borg, eröffnete die Besprechungen mit einer längeren Rede, deren Sachlichkeit bei aller reaktionären Konzeption sehr beachtlich erscheint. Natürlich stand die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Er schilderte in längeren Ausführungen, wie unter der veränderten Wirtschaftsweise der Stand der Arbeiter den anderen Berufsständen zur Seite trat. Dieser junge lebenskräftige Stand war sich dank der klugen Führung gleichzeitiger Männer der organischen Kraft und Bedeutung der von der Revolution getrimmten Formen (der Berufsvereinigungen) frühzeitig bewußt geworden. Folgerichtig ging er darauf aus, sich diese Formen wieder anzueignen, mit anderen Worten einen geschlossenen korporativen Ausbau seiner Berufschaft im Staat durchzuführen. Tatsächlich hat heute der Arbeiterstand auf diesem Wege allen anderen Ständen einen weiteren Vorsprung abgenommen. Wenn auch innerhalb dieses Standes tiefgreifende Unterschiede nicht überblickt sind, so finden wir doch den berufshändlichen Geist — er selbst nennt es Klassenbewußtsein — nirgends so ausgeprägt wie hier. Mit dem „Sturz des alten Wahlrechts fallen ihm alle Stützen des Standes, als deren Vertreter er sich glaubt“. Daher malt sich ihm die Zukunft: „Im Verwaltungsbereich des Landwirtschaftsministeriums wird die Landarbeiterfrage plötzlich ein neues Gesicht bekommen. Die Landarbeiter werden durch die Organisationszentren der Industrie nach gewerkschaftlichem Muster organisiert und mit dem Streikrecht ausgestattet werden.“

So sieht Herr Kerckerling zu Borg durch das gleiche Wahlrecht die Welt zugrunde gehen. Und wie er denken die anderen Zentrumsmagneten auch.

Mecklenburgisches aus großer Zeit.

Steuervorrecht des Adels.

In der ehemaligen Stadt Rostock sind sämtliche Personen von Adel sowie die Angestellten der mecklenburgischen Stände im Gegensatz zu allen übrigen Einwohnern von den kommunalen Steuern befreit! Das bedeutet für den Rostocker Stadtsäckel einen jährlichen Ausfall von mindestens 100 000 M. Ein Versuch der Stadt, eine Verpflichtung der Personen vom Adel und der Ständehausbesitzer durch den Landtag zu erwirken, wurde dort abgewiesen.

Wähte darob nicht selbst der mecklenburgische Wappenhochse sein ehrenwürdiges Haupt schütteln? Wie lange noch, Mecklenburg!

Frontwechsel der Reformier in Saugun-Kamenj.

In dem Bruderstreit, der im dritten sächsischen Reichstagswahlkreis zwischen den rechtsstehenden Parteien tobt, hat jetzt die Reformpartei entgegen der Kürzeren gezogen. Bekanntlich hatten die Anhänger der antikommunistischen Reformpartei als die ersten den Staatsminister Weglich in Dresden auf den Schild erhoben, während ihre Gesinnungsgenossen in Saugun für die Kandidatur des Konservativen Dr. Hermann in Saugun eintraten. Nach vor wenigen Tagen hatte die in Dresden erscheinende „Deutsche Wacht“, das Organ der demokratischen Vereine Sachsens, energisch gegen den Einbruch der Reformisten in den Wahlkreis protestiert. Jetzt aber verlassen die Reformier ihr eigenes Schloßlein, und die Stichwörter der Reformier lassen ihren Kandidaten im Stich! Der Reformverein in Stichwörter und Umgebung veröffentlicht eine Erklärung für den konservativen Kandidaten und nimmt diesen sogar gegen den Vorwurf des Burgfriedensbruchs in Saugun. — Danach wird Herr Weglich wohl nichts übrig bleiben, als das Rennen vor dem Ziel aufzugeben.

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagssitzung des Bundesrats wurden angenommen Entwürfe: 1. einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, 2. einer Bekanntmachung, betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elb- und Ostpreußen, 3. der Deutschen Arznei-Liste 1918, 4. betreffend Änderung der Bekanntmachung über Sätze vom 27. Juli 1916, 5. einer Bekanntmachung über die Wiederbestellung von Lebens- und Krankenversicherungen, 6. über Ausprägung von Denkmünzen aus Anlaß der goldenen Hochzeit Ihrer Majestät des Königs und der Königin von Bayern, 7. über Ausprägung von Denkmünzen aus Anlaß der Reformationsfeier im Jahre 1917, 8. über die Gewährung von Reichsmitteln zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung von Rohstoffen, 9. betreffend Ergänzung der Bekanntmachung vom 10. Mai 1917 über die gewerbliche Verarbeitung von Reichsmünzen usw.

Laßt sie betteln gehen! Diese Reiz hat die „Deutsche Tageszeitung“ gedruckt. Die Not der Kriegsbeschädigten mag sie freilich nicht zu bezweifeln. Aber der „Vorwärts“ habe kein Recht, für die Kriegsbeschädigten einzustehen, denn er fordere einen Frieden ohne Kriegsentschädigung und es fehle ihm jede Antwort dafür, wie denn die Not ohne Geld behoben werden soll. — Ohne Geld? Wir glauben doch geldlos zu haben, daß die Ariens Gewinnfeuer eben erst 5 Milliarden Mark ergeben hat. Wir sind daher um die Antwort gar nicht verlegen und wissen sehr wohl, wo das Geld für die Kriegsbeschädigten zu holen ist.

Letzte Nachrichten.

Wladiwostok und Japan.

Petersburg, 19. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Meldung aus Wladiwostok vom 18. Dezember bestätigt, daß die Japaner keine Feindseligkeit bekunden. Sie versuchen auf jede Weise die geschäftlichen und Handelsbeziehungen zu unterhalten, die infolge des großen Aufsehens und der verschiedenen Verdrängungsmaßnahmen gleich Null waren. Vom nächsten Januar an beginnt Japan mit der Ausführung ungeheurer neuer Pläne, die auf die Bevölkerung der Land- und Seestreitmacht abzielen. Das Programm sieht eine Erhöhung der Menge und der Stärke der militärischen Einheiten vor. Die Gebirgsartillerie wird vermehrt, die im gegenwärtigen Kriege sich als eine besonders wertvolle Waffe erwiesen hat. Es werden besondere Automobilmotoren und Flugzeugverbände geschaffen. Die Japaner kennen aus Erfahrung die Verwendung erstickender Gase und die Abwehrmittel gegen solche Angriffe. Aus diesen Vorbereitungen geht hervor, daß Japan bestimmt den gegenwärtigen Krieg nicht als einen Ausbruch des Militarismus ansieht, der endgültig von selbst zu Ende geht. Im Gegenteil vervollständigt Japan seine Streitkräfte und erweitert sie, um auf sie seine Stellung unter den Völkern der Erde zu gründen.

Balfours Kriegsziele.

Rotterdam, 20. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die liberalen Blätter üben viel Kritik an Balfours Rede. Der Parlamentarierkorrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt, Balfour habe über die Kriegsziele nichts gesagt, seine Zuflucht zu unbestimmten Allgemeinheiten genommen und sich hinter den Präsidenten Wilson verschauzt.

Aus deutscher Gefangenschaft entlassen.

Brno, 20. Dezember. Der belgische General Deman, der Verleibiger von Lüttich, der sich seit September 1914 in deutscher Gefangenschaft befand, ist gestern hier eingetroffen. Er wird mit Einwilligung der deutschen Regierung heimbeordert.

Die Teilung der rumänischen Getreideernte.

Wien, 20. Dezember. Abgeordnetenshaus. Im Einlauf befindet sich eine schriftliche Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten Schürff und Genossen durch den Ernährungsminister betreffend den Anteil unserer deutschen, bulgarischen und türkischen Bundesgenossen an der Getreideernte Rumaniens und Serbiens. Der Minister erinnerte an den hervorragenden Anteil unserer Bundesgenossen am Kriege gegen Serbien und Rumänien und stellt hinsichtlich Rumaniens fest, daß die Österreich-Ungarnen zufälligen Anteil an der rumänischen Ernte die Heeresversorgung und die Ernährung der Aufständischen nach Erklärungen der eigenen Vorräte wesentlich erleichtert haben. Hinsichtlich Serbiens erwähnt der Minister, daß die Produktion der unter deutscher ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Serbiens ausschließlich Österreich-Ungarn zufällt.

Kriegstagung der Fabrikarbeiter.

Hannover, 19. Dezember.

Die Generaldiskussion über die Statuten-Veränderung und die Statuten über die Aufgaben der Organisation ist sehr ausgedehnt. Ten beachtenswerten Ausführungen richtete Herr von Biederstein über den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und die Stellung der Gewerkschaften dazu vor. In der Hauptsache nahmen die Arbeiter Stellung zu der vorgeschlagenen Reform des Vertrags- und Unterstützungsrechts und trugen dazu die Wünsche ihrer Zahlreichen vor. Einmütig herrschte bei ihnen darüber, daß eine Notwendigkeit für die Erhöhung der Beiträge vorliegt. Nur über die Höhe des Beitrags und über die Frage, ob Einheits- oder Stufenbeiträge, lassen verschiedene Auffassungen zum Ausdruck. Die große Mehrheit der Redner stimmte in der Vertragsfrage dem Vorschlag der Statutenkommission zu. Auch der Vorstand, der sich bereits in der Kommission mit dieser auf deren Vorschlag geeinigt hatte, erklärte sich nun für die Beibehaltung des bisherigen Vertragsrechts mit der von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhung. Der Vorstand eruchte aber um Ablehnung der Beiträge, die eine geringere Beitragserhöhung bedeuten würden. Anträge auf Änderung der Statutenkommission wurden eine ganze Reihe gestellt, die zum Teil eine höhere Unterstützung vorschlugen und für die Lohnklassen nicht herabzuschlagen wolle. Vorgebracht wurde auch, die Zuweisung der männlichen Mitglieder in die zwei Vertragsklassen nach dem Einkommen vorzunehmen und nicht wie bisher, den Eintritt in die höhere Klasse den Mitgliedern freizulassen. Mitglieder mit einem Wochenlohn von mehr als 85 M. sollen in die 75-Pf.-Klasse, bei einem Gehalt unter 85 M. in die 60-Pf.-Klasse gehören. Gegen den Vorschlag der Kommission auf Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 1 M. wurde mehrmals Widerspruch erhoben. Es wurde beantragt, bei weiblichen Mitgliedern es bei dem Eintrittsgeld von 50 Pf. zu belassen. Verlangt wurde auch, daß die Statutenunterstützung nicht nur nicht weiter ausgebaut, sondern deren Abbau bevorzogen werden, damit mehr Mittel für die Kampfe zur Verfügung stehen. Ein Antrag aus Braunschweig, daß Verbandsangehörige nicht als Delegierte zum Verbandstag wählbar sind, fand keine Zustimmung. Die Spezialdiskussion und die Abstimmung erfolgen morgen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegungen der freien Gewerkschaften im Jahre 1916.

Die während des Kriegszustandes eingetretene enorme Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung bewirkt die starke Entwertung des Geldes, welche naturgemäß Forderungen an Erhöhung des Lohnes zur Folge haben. Der bei Beginn des Krieges proklamierter Burgfrieden konnte auch für die Arbeiter nicht bedeuten, daß sie sich während der Dauer des Krieges jedes Anspruchs auf Wahrung

ihrer Lebensinteressen zu enthalten hätten. Es konnte sich dabei nur um die Wahl und Art der Wege und Mittel handeln, die zur Geltendmachung berechtigter Ansprüche zu betreten und zu erzielen waren. An der von der Generalkommission veröffentlichten Statistik über die im Jahre 1916 von den Zentralverbänden geführten Lohnbewegungen sind 28 Verbände beteiligt. Diese Verbände hatten zusammen im Jahre 1916: 6001 Bewegungen, die sich auf 20 775 Orte, 55 947 Betriebe mit 1 010 350 Beschäftigten erstreckten. An den Bewegungen beteiligt waren 1 454 833 Personen, darunter 394 668 weibliche. Von allen Bewegungen verliefen 6849 = 98 Proz. friedlich und nur in 143 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung, von denen nur 1 Proz. aller Beteiligten betroffen wurden. An Zahl der Bewegungen übertrifft das Kriegsjahr 1916 die letzten beiden Jahre ganz erheblich und an Zahl der Beteiligten nicht es von allen Berichtsjahren seit 1905, wo erstmalig die Erhebungen, auch auf die friedlich verlaufenden Bewegungen ausgedehnt wurden an erster Stelle. Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 6350 Angriffs- und 269 Abwehrbewegungen; an den letzteren waren 1 454 775 und an den letzteren 15 419 Personen beteiligt.

Angriffstreife wurden 111 und Abwehrstreife 28 geführt. An diesen Streifen nahmen 11 520 männliche und 1984 weibliche, zusammen 14 504 Personen teil. Bei 108 Angriffstreifen handelte es sich nur um Lohnforderungen und bei 8 kam außerdem noch geforderte Arbeitszeitverkürzung in Frage. Zu Ausperrungen kam es in 8 Fällen; davon wurde nur der Holzarbeiterverband mit 185 Beteiligten betroffen. Von allen Bewegungen, ohne und mit Arbeitseinstellung, wurden 6812 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt, davon 27 unter Mitwirkung von Militärbehörden.

Im allgemeinen war der Ausgang der Bewegungen im Jahre 1916 in der gleichen Weise erfolgreich als die im Vorjahre geführten, nur 64 Bewegungen mit 3000 Beteiligten hatten keinen Erfolg.

Durch die im Jahre 1916 geführten Bewegungen haben insgesamt 1 447 032 Personen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht bzw. eine Verschlechterung derselben abgewehrt. Davon erzielten 1 206 801 Personen eine Lohnerböhung im Gesamtbetrag von 5 178 634 M. pro Woche; im Durchschnitt 4,29 M. pro Person. Dieser Erfolg übersteigt bei weitem das Ergebnis aller Berichtsjahre seit dem Jahre 1905. Die Erfolge an Arbeitszeitverkürzung sind nur gering. In 1413 Fällen kam es nämlich der Bewegungen an Tarifabschlüssen, die zusammen für 209 454 Personen Geltung haben.

So erheblich der Gesamterfolg der erreichten Lohnerböhung auch erscheinen mag, so unzulänglich ist sie gemessen an den enormen Lebenshaltungserhöhungen. Es wäre verwegen zu behaupten, daß damit auch nur annähernd ein Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung erfolgt wäre. Die Statistik gibt allerdings auch

kein erschöpfendes Bild der im Jahre 1916 erzielten Erfolge. Eine ganze Reihe von Vorzügen, die zu Lohnaufbesserungen führten, die in der Form von Teuerungszulagen gewährt wurden, liegen sich nicht als geschlossene, von den Verbänden zur Durchführung gedruckte Bewegungen charakterisieren und statistisch erfassen. Die durch das Betreiben der Gewerkschaften erzielten Lohnaufbesserungen sind in Wirklichkeit erheblich umfangreicher, als sie zahlenmäßig nachgewiesen werden können. Der Erfolg, den die Gewerkschaften durch ihre Bewegungen auch während der Kriegszeit für ihre Mitglieder erzielten, darf nicht unterschätzt werden. Er zeigt die Macht und den Einfluss der Gewerkschaften, die der Kriegszustand nicht zu erschüttern vermochte. Die Durchführung der Bewegungen erforderte ein reiches Maß an Arbeit, die geleistet werden mußte mit an Zahl geschwächten leitenden Kräften und neben einer Fülle von sonstigen durch den Kriegszustand bedingten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben.

Wichtig! Die Vertrauenspersonen in den Berliner Buchbindereien können die Verhandlungen mit dem Verband Berliner Buchbindereibesitzer über die erstmalig am 21. bzw. 22. Dezember 1917 auszuhandelnden Teuerungszulagen im Bureau des Zentralen Buchbinderverbandes, Zährstraße Berlin, Engelplatz 15 II, Zimmer 50, in Empfang nehmen. Die Ortsverwaltung.

Reichskonferenz der österreichischen Gewerkschaften.

Die der österreichischen Gewerkschaftskommission angegliederten Zentralorganisationen haben eine Reichskonferenz abgehalten, über die jetzt in der österreichischen „Gewerkschaft“ berichtet wird. Einen dreitägigen Verhandlungen nahm die Frage der Arbeitsvermittlung nach dem Kriege ein. Die Konferenz fordert die Errichtung öffentlicher, paritätisch verwalteter Arbeitsämter. Ferner wird die Gewerkschaftskommission aufgefordert, im Verein mit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichsrat einen Entwurf eines Arbeitskammergesetzes auszuarbeiten und dem Parlament einzureichen. — Um den steigenden Ausgaben, hervorgerufen durch höhere Preise aller Materialien und den vermehrten Aufwänden gerecht werden zu können, bedarf die Gewerkschaftskommission größerer Mittel. Um diese für die Zukunft sicherzustellen, wurde beschlossen, die Beiträge der Zentralverbände an die Kommission von ein auf zwei Heller pro vereinmählte Wodermasse zu erhöhen. — Nach deutschem Vorbilde wurde eine neue Körperschaft, die „Vorstandskonferenz“ eingesetzt, die hauptsächlich in der Zeit der Übergangswirtschaft in Wirklichkeit treten soll. Mit der Annahme einer Friedensresolution wurde die Konferenz beschlossen.

Verantwortlich für Politik: Reichsminister Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reichsminister für Inland in Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Buchbinder u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW. Hierin 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Don Carlos.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Seböh. Tor.
7 1/2 Uhr: Blutopfer.
Dir. C. Reinhardt — R. Barnauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Iphigenie.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die beiden Soehnde.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

WINTERGARTEN
Der reichhaltige große Varieté-Spielplan
= Rauchen gestattet! =

Zirkus A. Schumann
Bbl. Friedrichstraße.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Letzte Saison in Berlin.
Das große Sportprogramm
u. a.
10 R. Sawada 10 Tiger
Maud Wulff, Hing. Hunde.
Mexiko
Große Original-Ausstattungs-Pantomime.

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 u. 7 1/2
Nur noch wenige Tage!
„Geh'n Sie bloß nicht nach Berlin!“
v. O. Reutter, Mus. v. Hirsch

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Heiratsstandpat.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Hauts Versteig. zum Best. d. Nationalbank.
Erhöhe Preise. Die volle Linie, ohne Abr. irgendw. Kast., kommt dem wehlt. Zweck z. gute Anl. 7 1/2 Uhr.
Sonntags, 7 1/2 Uhr.
Sieg. nachm. u. abend.
„Mein Weihnachtstraum“.
Nachmittags ermäßigte Preise!

Theater für Freitag, 21. Dezember.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Cardasfürstin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Kinder der Exzellenz.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Rigoletto.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
Zum 675. Male:
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Geldzauber.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Mg. 3 1/2 Uhr: Klein Dorch. a. d. Zinn.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Kinokönigin.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

NATIONAL-THEATER.
Copenlauer Str. 68.
I. II. III. IV. 6. 8. 8. 8. 10.
Tägl. 7 1/2. Sturm. Erfolg!
Das ist die Liebe.
7 1/2 Uhr: Was junge Mädchen träumen.
Vorverkauf: 10 1/2 - 2 u. ab 6 Uhr. NB. Da das Theater tägl. ausverk. ist, empf. es sich, rechtz. Bill. z. besorg.

URANIA
Freitag, den 21. Dezember,
8 Uhr:
Direktor Franz Goerke:
Jerusalem.

Voigt-Theater.
Badstr. 54. Badstr. 54.
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Die Prinzessin vom Nil.
Sonntag, 21. 12., nachm. 8 Uhr:
Die Barbaren.
Abend 7 Uhr:
Der Dornenweg.

Casino-Theater
Volhinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 8 1/2 Uhr.
Bieder ein allmählich Schloßer:
Hamsterfröge.
Berliner Pöbel in drei Akten.
Berber das neue lustige Progr.
Lona Hansen, 3 Solosänger uim.
Sonnt. 4 Uhr: Die Friedensstaube.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 12. Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
An allen drei Weihnachtstagen und Neujahr
als Gastdirigenten: Adolf Petras, Komponist.
Berliner Konzerthaus-Orchester, Leiter: Komp. Franz von Blon.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Andreas Hofer.
Busch
Freitag, 21. 12., 7 1/2 Uhr,
zum 50. Male:
Mondfahrt.
Phant. Pantom. in 4 Akten
von Paula Busch.
Vorbar: Das neue
Weihnachts-Programm
u. a.

Herr Karl Reinsch
Direktor d. Rigauer Tattersall A.-G., Schulleiter auf seinem ungar. Goldfuchs-Hongst „Cardasfürst“.
Herr Steffin mit seinen dressierten Ponys und Hunden.
Ang. Höllers Freilichtdramen
3 Veras, die besten Drahtseilkünstlerinnen.
4 Schwest. KIBB, akrobat.
Runkel-Rappo's
originells Spaßmacher.
2 Schwestern Dubski, voral. Damen-Jockey-Akt.
Revelly u. Mal, Spaßmach.

Admirals-Palast.
Ballett auf dem Eis
7 1/2 Uhr
Ahrakadabra.
Verzückliche Köche.
Trianon-Theater
Georgenstr., Dht. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
7 1/2 Uhr: Der 1/2 8 Uhr
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
v. Möllendorff, Marz. Kettner.
Seg. 3 1/2, kl. Pr.: Hedda Gahlr.

Sonn- und Feiertags
sowie in der Weihnachtswoche
tägl. 2 gr. Vorstellungen:
Nehm. 8 1/2 u. ab. 7 1/2 Uhr.
Nachmittags
1 ange-Kind auf allhörigen Stuhl! frei!
In beiden Vorstellungen:
Das große Fest-Programm
und zum Schluß
Mondfahrt.
Phant. Pant. in 4 Akten.
Nachm. nur 1. u. 2. Akt.
Vorverkauf für 1. und 2. Feiertag ab Sonnabend täglich ab 10 Uhr.
Weihnachts-Heiligabend geschlossen.
Solange Vorrat reicht!
Fette Spickgans 12,50 M.
Geräucherter Keulen 9.- M.
Fette Mastenten und -Hühner
empfiehlt sehr preiswert
Schmidt vorm. Tasche
Planufer 21, am Halleschen Tor.
Sonntag geöffnet.
Zuckerrüben
zum Einkochen von Sirup,
prima Qualität, in kleinen und großen Quanten sofort abzugeben
11182
Heinrich Drechsler,
NO. 55, Heinrichsdorfer Str. 15.
Tel.: Sänigebat 2593.

Sport-Pelze
BAER SOHN
Chausseestraße 29-30 | Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10
Sonntag von 1 bis 7 Uhr geöffnet.

Gewerkchaftshaus.
Sonntag, den 23. Dezember 1917:
Im Kongressaal
veranstaltet der Verband der Kupferschmiede für die gesamten seiner im Felde stehenden Kollegen eine
Weihnachtsbescherung
und allerhand Belohnungen, wozu namhafte Künstler engagiert sind, und das Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung des Dirigenten Paul Kuhn.
Eröffnung 5 Uhr.
Im Mahagoni- und Musiksaal:
Weihnachtsbescherung
der 1. Frauen-Abt. d. „Turnverein Fichte“.

Tabak- u. Shag-
Pfeifen aller Art, moderne Zigaretten- u. Zig-Spitzen, Spazierstöcke, Rosen aus Schach-, Poch- u. Damenb. alle reichlich vorhanden im Spezial-Geschäft von
Scheunert & Wirth,
Blumenstr. 3.
a. d. Wallner-Theater-Str.
Trauringe
Dukaten gold 900
14 Kar. Gold 585 gestemp.
Nur solange Vorrat reicht
8 Kar. Gold von H. 9 an
J. Weinstock
Alexanderstr. 12

Moderne Kostüme, Mäntel, eleg. Kleider, Röcke
aus in Stoffen, neueste Formen! 218L*
Glaser, Pflüsch- u. Tuchmännel
Sammet-Kleider, Mäntel, Jacketts
Blusen! Regenmäntel!
Dr. Knäusel - alle Größen
Fabriklager - Verkauf an Private.
MICHAELIS
Auersir. 80, 1 Treppe
neben Kongresshaus.
Sonntag von 12-7 geöffnet.
Für Metallarbeiter, Schwens, der moderne Metallarbeiter, Ratgeber für Dreher, Schleifer und Maschinenbauer. Gebunden Preis 3,50 Mark. u. Ostromski, Lehrbuch für Dreher und Werkstoff. Preis 5.- Mark. Müller-Freund, Chemiefabrikanten. Preis 2,50 Mark. Fachheftung: Hermanns, Pflanzstraße 3, Laden.